

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 149 SONNTAG, 19. April 1936

Aus dem Inhalt:

Neuer Massenprozeß gegen
Illegale
Greiser in Südamerika
Der schwarze Etat
Machtbewußter Sozialismus

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die Teilung des Friedens

Hitlers Expansionspläne und die Lage in Ost-Europa

Die Genfer Verhandlungen in der Osterwoche haben gezeigt, daß wirkliche Friedensverhandlungen in Europa heute nicht möglich sind. Die Politik Hitlers hat um ihres Prestigebedürfnisses willen eine unheilvolle Atmosphäre der psychologischen Belastung, des Mißtrauens und der Erbitterung geschaffen, die jede Verhandlung oder Konferenz von vornherein belasten und zu einer Quelle der Gefahr machen muß. Die Konferenzen, die von der deutschen Politik angeregt werden, würden jenen Konferenzen der unmittelbaren Vorkriegszeit gleichen, die die Welt immer näher an den Rand des Krieges gebracht haben. Die größte Gefahr liegt nun darin, daß ausgerechnet bei diesem Zustand Europas die Diskussion um die Frage herangeführt wird, an der sich der Brand entzünden kann. Es ist die Frage, ob der »Status quo« in Mittel- und Osteuropa erhalten, oder ob die gegenwärtige Machtlage und Grenzziehung verändert werden soll. Das Problem des sogenannten »Revisionismus« in Mittel- und Osteuropa ist in den Vordergrund gerückt.

Die Absicht, jedem Versuch einer gewaltsamen Aenderung des Status quo in diesen Gebieten einen Riegel vorzuschieben, hat den Projekten eines Ostpaktes und eines Donaupaktes zugrundegelegt. Diese Projekte waren die großen Streitpunkte, um die sich seit zwei Jahren die europäische Politik konzentriert hat. Der Ostpakt, beruhend auf der Grundlage gegenseitiger Beistandsversprechen, ist von Frankreich, der Kleinen Entente, von Sowjetrußland dringend gefordert worden. Als die deutsche Regierung das gegenseitige Beistandsversprechen ablehnte, ist in einer Zeit, wo die endgültige Ablehnung eines Kollektivpaktes durch Hitler noch nicht feststand, als Ergänzung eines kollektiven Ostpaktes die Idee des französisch-russischen Beistandspaktes konzipiert worden. Die Hitlerpolitik hat seit dem 21. Mai 1935 — den dreizehn Punkten Hitlers — dem Projekt eines kollektiven Paktes ihr Prinzip der isolierten zweiseitigen Nichtangriffspakte gegenübergestellt — weil sie sich nicht an den Status quo binden und ihn garantieren wollte. Bisher ist der diplomatische Kampf um diese Fragen als Kampf um abstrakte Prinzipien geführt worden — aber jetzt ist die Zeit gekommen, wo die diplomatische Verhüllung abgeworfen wird und die Gefahrenpunkte mit Namen genannt werden. Es wird nicht nur von der Erringung der deutschen Vorkriegsherrschaft in Mittel- und Osteuropa gesprochen, sondern es wird offen ausgesprochen, auf wessen unmittelbare Kosten sie sich vollziehen würde. Die Rede Flandins, der ausdrücklich Danzig, Memel, Oesterreich, die Tschechoslowakei, Dänisch-Schleswig, Polnisch-Schlesien und die Schweiz genannt hat, hat auf die wichtigen Punkte hingewiesen.

In Frankreich wendet sich die gesamte öffentliche Meinung auf das entschiedenste gegen solche revisionistische Pläne. Anders in England. Hier gibt es in der öffentlichen Meinung eine starke Strömung, die scharf zwischen den Fragen Westeuropas einerseits, Mittel- und Osteuropas andererseits unterscheidet, die es entschieden ablehnt, sich wegen mittel- oder osteuropäischer Fragen in Konflikte verwickeln zu lassen, und die es nicht als

ihre Aufgabe ansieht, »Frieden in einem Irrenhause zu stiften«. (Lord Lothian in einer Ansprache über Deutschland und das Rheinland, am 2. April.) Für die Denkweise dieser Richtung sind die Vorschläge erklärend, die Lord Lothian in der oben erwähnten Ansprache für eine europäische Verständigung machte:

1. daß innerhalb einer bestimmten Anzahl von Jahren unter der Ueberwachung des Völkerbunds eine Volksabstimmung über die Zukunft Oesterreichs in Oesterreich stattfinden sollte, über Fragen, über die sich Oesterreich, Deutschland und der Völkerbundsrat verständigen sollten;
2. daß innerhalb von drei Jahren ein Abkommen über die Zukunft von Memel erreicht werden sollte.
3. daß die polnische und die deutsche Regierung zu einer baldigen Diskussion über die Zukunft von Danzig und die Schaffung besseren Zugangs vom Reich zu Ostpreußen eingeladen werden sollten;
4. daß die Grenzen von Bulgarien und Ungarn neu erwogen werden sollten.

Neben dieser positiv-revisionistischen Richtung in England steht eine andere, breitere, die aus Widerwillen gegen den Krieg überhaupt nicht in die gefährlichen Fragen Mitteleuropas verwickelt werden möchte, und diese Strömung ist es, die auf die englische Regierung einwirkt.

Das Blaubuch und das Wesen der deutschen Diplomatie

Am 11. Juli 1935 hat Sir Samuel Hoare als Sprecher der Regierung im Unterhaus erklärt, daß die englische Regierung auf das entschiedenste wünsche, daß ein Ost- und ein Donaupakt bei Teilnahme Deutschlands so bald als möglich ratifiziert würde. Zwischen dieser Forderung von damals, die eine entschiedene Erklärung gegen den Revisionismus in Mitteleuropa war, und der Haltung der englischen Regierung von heute in diesen Fragen, ist ein großer Unterschied. Es liegen dazwischen die Erfahrungen, die die englische Politik mit der deutschen Methode der Behandlung der Ostfragen gemacht hat. Darüber gibt das Blaubuch über die englischen Verhandlungen mit Deutschland Aufschluß, das die englische Regierung soeben veröffentlicht hat.

Der damalige englische Außenminister Sir Samuel Hoare hat damals energisch auf den Ostpakt in Berlin gedrängt. Als die deutsche Diplomatie sich demgegenüber auf die zweiseitigen Nichtangriffsverträge aus Hitlers 13 Punkten zurückzog, ließ er am 5. August 1935 in

Berlin ein Aide Mémoire überreichen, in dem es hieß:

»Wenn die Absichten der deutschen Regierung, so wie sie von dem deutschen Botschafter erklärt wurden, korrekt aufgefaßt worden sind, so würde die durch eine solche Haltung der deutschen Regierung geschaffene Situation der britischen Regierung höchst entmutigend erscheinen. Sie würde sich für durchaus berechtigt halten, die Herbeiführung einer solchen Situation als beklagenswert zu bezeichnen.«

Diese Aktion verlief im Sande. Am 22. August erinnerte der englische Geschäftsträger den Staatssekretär von Bülow an seine Antwort. Der zog sich darauf zurück, daß der Kanzler in einer so schwierigen Angelegenheit erst nach den Ferien, erst nach dem Nürnberger Parteitag, Mitte September, entscheiden könne »Als ich Ueberraschung und Enttäuschung ausdrückte, konnte Herr von Bülow nur erklären, daß die Ferien dem Herkommen nach in Deutschland strikter beachtet würden als in England«. Einen Tag später teilte der deutsche Geschäftsträger in London mit: Antwort erst Anfang Oktober, und am 15. September versicherte Baron Neurath dem englischen Botschafter, man wolle die Antwort verschieben, »bis ruhigere Zeiten kommen.« Der englische Vorschlag hat eine grobe Abfuhr erlitten, und seitdem hat sich die englische Politik von dem Projekt eines Ostpaktes abgewandt, es ist seitdem von der einstigen entschiedenen Forderung nicht mehr die Rede gewesen. Die Haltung der englischen Politik zu den Fragen Mittel- und Osteuropas ist seitdem unentschieden und zweideutig.

Einen gleichen Mißerfolg wie in der Frage des Ostpaktes hat die englische Politik in der Frage eines Luftpaktes in Westeuropa erlitten. Methode und Zielsetzung der deutschen Diplomatie war dabei die gleiche wie bei den Ostfragen. Das englische Blaubuch läßt klar genug erkennen, was das eigentliche Geschäft der Hitlerdiplomatie ist. Sie hat mit den selbstherrlichen Entscheidungen des Diktators nichts zu tun, sie ist ein Hilfsorgan, dessen Zweck es ist, Vorschläge und Absichten der anderen zu zerreiben. In ihren Besprechungen soll nichts erreicht, nur hingehalten werden, ihre Aktionen zielen höchstens auf propagandistische Wirkung ab. Sie zieht sich jederzeit achselzuckend hinter die Entscheidung Hitlers zurück, ohne Rücksicht auf den üblen Eindruck, den ihre Partner von ihrer Zweideutigkeit und Grundsatzlosigkeit gewinnen. Ihre Aufgabe ist es, einen Schirm aufzurichten,

hinter den sich die Machtsammlung Hitlerdeutschlands ungehindert vollziehen kann. Das englische Blaubuch enthüllt als einziges Prinzip dieser Diplomatie: Zeitgewinn ist alles.

Aber Zeitgewinn wofür? Darüber ist nicht der mindeste Zweifel. Wenn Hitlerdeutschland sich stark genug fühlen wird, so wird es darangehen, die Grenzen in Mittel- und Osteuropa einzuschmelzen. Die großdeutschen Expansionsabsichten Hitlers sind aus seinem Buch »Mein Kampf« hinlänglich bekannt, sie sind durch die Rosenbergischen Pläne erweitert worden. Man mag die Rosenbergischen Pläne für reine Phantasien halten — die großdeutschen Eroberungspläne Hitlers sind es jedenfalls nicht. Er ist heute schon in der Lage, eine gewaltige Militärmacht hinter sie zu setzen. Zur Verwirklichung dieser Pläne strebt die Hitlerpolitik nach der Freundschaft, zum mindesten nach der Neutralisierung Englands, diesem Zwecke dienen die Deklamationen über die deutsch-französische Verständigung.

Hitler gegen den Status quo

Während der Verhandlungen über das deutsch-englische Flottenabkommen im Sommer 1935 versicherte Herr von Ribbentrop in London, der Eckstein der politischen Konzeptionen des Kanzlers sei »daß nur eine gemeinsame realistische Haltung gegenüber den großen europäischen Problemen ihre Lösung hervorbringen kann, und besonders eine deutsch-französische Verständigung, die das deutsche Volk wünscht, und ohne die Europa nicht zur Ruhe kommen kann.« Dieser Realismus, den Deutschland und England gemeinsam zeigen sollten, ist die Lösung des Friedens, die Lösung des Westens vom Osten. Wie einst Wilhelm II. von den Engländern bei den gescheiterten Verhandlungen über die Flottenabrüstung die Neutralität bei einer kontinentalen Auseinandersetzung erkaufen wollte, so verfolgte auch die Hitlerpolitik ähnliche politische Ziele. Sie hoffte, auf der Grundlage des Flottenpaktes weiter zu bauen und das politische Ziel zu erreichen, an dem Wilhelm II. und Bethmann Hollweg gescheitert waren: die Neutralität Englands und die Isolierung Frankreichs für die kontinentale Auseinandersetzung, die das Ergebnis des Weltkrieges revidieren soll.

Mit dieser Zielsetzung hat die Hitlerpolitik weitergewirkt, und sie ist sich wohl bewußt, daß der schwache Punkt, an dem sie eindringen kann, die Haltung der öffentlichen Meinung in England ist. Sie bietet alles auf, um propagandistisch

Kehrseite der polnisch-deutschen Freundschaft

Die polnische Presse verweist mit Erbitterung darauf, daß trotz der polnisch-deutschen Pressevereinbarungen, die nach dem Berliner Pakt beschlossen wurden, die deutsche Propaganda nicht aufhört, ausgesprochene anti-polnische Tendenzen zu verfolgen. Unter anderem schreibt der Warschauer sozialistische »Robotnik«, daß für die Auslandsbesucher, die sich für die Fahrt nach Deutschland zu der Olympiade entschlossen haben, ein Baedeker unter dem Titel »Deutscher Staat« herausgegeben wurde. Diese Handbuch enthält — nach dem »Robotnik« — kuriöse Blüten. Der Plan der

Ausfüge nach Deutschland, der in diesem Reisehandbuch angeführt ist, bezeichnet als rein deutsches Gebiet Elsaß-Lothringen, das Gebiet der Freien Stadt Danzig und einen Teil Polens aus Posen und Thorn. Auf einer Karte, die diesem Büchlein angeschlossen ist, sind die Vorkriegsgrenzen Deutschlands eingezeichnet und die polnischen Gebiete sind als »Gebiete, die von dem Mutterland abgetrennt wurden« bezeichnet.

Beim Lesen dieses Buches geht hervor, daß ganz Posen, die Klüste und Danzig eigentlich zum »Reich« gehört. »Robotnik« verweist

besonders auf den Umstand, daß das deutsche Reisehandbuch vom deutschen Propagandaministerium begutachtet wurde und spricht den Wunsch aus, das polnische Außenministerium möge dieser deutschen Propagandapublikation etwas Aufmerksamkeit widmen.

Im Warschauer Senat verwies der Senator Lubomirski auf diese Sache und verlangte, daß das zitierte Handbuch auf polnischem Gebiete beschlagnahmt werde. Es zeigt sich nämlich, daß dieser Baedeker sehr stark auf polnischem Gebiet kolportiert wurde.

in England zu wirken. Sie zählt auf die Unterstützung der Engländer, die Osteuropa für ein Irrenhaus halten — und offenbar ausgerechnet Hitlerdeutschland für den Vernünftigen darin. Sie unterstützt aus allen Kräften die revisionistischen Tendenzen in England selbst. Im Dezember — ausgerechnet in der Zeit, als Hitler den Engländern Verhandlungen um einen Luftpakt schroff ablehnte, erreichte dieser Propagandafeldzug seinen Höhepunkt. Damals schrieb der Chefredakteur der »Frankfurter Zeitung« nach einer Erkundungsreise nach England:

»Ist es vielleicht nicht eine Tatsache, daß gerade die denkenden Engländer seit langem in Bezug auf die Weisheit der Regelungen im Osten Bedenken hatten? Deshalb haben sie ja auch jede Beteiligung an neuen Pakten und Verpflichtungen abgelehnt, die England automatisch in etwaige Verwicklungen im Osten einbeziehen müßten. Es kommt hinzu, daß manche Ausländer sagen: Eine Verwicklung brauche gar nicht durch irgend eine deutsche Unart zu entstehen, sogar nicht einmal durch Verfehlungen irgendwelcher anderer Staaten, sondern sie könnte schon dadurch unvermeidlich werden,

daß irgend ein neugeschaffener oder neu umgrenzter Staat an der Unzulänglichkeit der für ihn geschaffenen Verhältnisse eines Tages zusammenbricht. Es ist durchaus nicht etwa Oesterreich allein (oder auch nur in erster Linie), woran solche Skeptiker denken — es sind mehrere Staaten, die den Engländern und besonders den Franzosen Sorge machen, beispielsweise auch die Tschechoslowakei

Es wäre natürlich bequem, wenn Deutschland die Garantie für den Bestand und das Gedeihen aller Schöpfungen oder Neuregelungen des Versailler Vertrages und der anderen Friedensverträge mit übernehme, aber daß dies etwas viel verlangt wäre, kann man in Paris ja aus der reservierten Haltung der — Engländer in diesen Fragen erkennen! Außerordentlich schwer ist es natürlich auch, einem Franzosen klar zu machen, daß es ein großer Unterschied ist, ob eine Regierung sich verpflichtet, ein anderes Land nicht anzugreifen oder ob sie in aller Form und für alle Zeit die für dieses Land nach dem Weltkrieg getroffenen Regelungen als unveränderlich und damit als untadelhaft erklärt!

Darin lag die offene Ablehnung jeder Garantie des Status quo im Osten. Offen wurde gezeigt, auf welche Punkte der deutsche Expansionswille zielt. Die hitlerdeutsche Politik kennt in den Ostfragen nur eine Haltung: Ablehnung aller Versuche, von ihr eine mit Garantien versehene Anerkennung des Status quo; d. h. der durch den Versailler Vertrag und die ihn begleitenden Nebenverträge geschaffenen Ordnung in Mittel- und Osteuropa zu erreichen. Sie fordert im Gegenteil, daß für den Fall des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund das Völkerbundstatut von seiner Versailler Grundlage getrennt werde. So wie einst die deutsche Politik sich unter Stresemann entschieden weigerte, dem Locarnopakt ein sogenanntes Ostlocarno, einen feierlichen, freiwillig wiederholten Verzicht auf Revision des Korridor-Problems folgen zu lassen, so weigert sich heute die Politik Hitlers, den Status quo in Mittel- und Osteuropa feierlich und freiwillig anzuerkennen. Es ist dabei jedoch ein wesentlicher Unterschied. Heute starrt Deutschland von Waffen, und diese demonstrative Weigerung wird darum von den betroffenen Ländern als unmittelbar drohende Gefahr betrachtet. Die mit der Rheinlandbesetzung begonnene Aktion der Hitlerpolitik erzeugt deshalb eine unerträgliche Spannung in ganz Europa.

Der Verdacht, daß die Hitlerpolitik Angriffsabsichten habe, wird verstärkt durch die juristischen Deduktionen, mit denen die Vorschläge Hitlers vom 1. April begleitet werden. Diese Deduktionen gehen davon aus, daß Deutschland 1918 Waffenstillstand geschlossen habe auf Grund der 14 Punkte Wilsons, d. h. auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts. Die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts im Versailler Vertrag sei eine Verletzung einer auch die Alliierten bindende Verpflichtung, die Verletzung einer Deutschland gegebenen Zusicherung, und habe als einziges rechtliches Argument nur die Gewalt besessen. In dieser Deduktion kommt der totale Revisionsanspruch am klarsten zum Ausdruck. Zweifellos können die Juristen Hitlers die gleiche Argumentation mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völ-

Neuer Massenprozeß gegen Illegale

Ein Hochverratsprozeß gegen 120 Arbeiter und Intellektuelle

Am 15., 16. und 17. April verhandelt im Magdeburger Justizpalast unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Rack, der 5. Strafsenat des Kammergerichtes Berlin gegen Dr. Agricola und Genossen. Damit beginnt der Hauptabschnitt eines Hochverratsprozesses gegen 120 Arbeiter und Intellektuelle aus Zeitz und Umgebung. Auf der Anklagebank sitzen bekannte Sozialdemokraten, neben SAP-Leuten und Kommunisten.

Der Prozeß hat folgende Vorgeschichte:

Gestapo-Beamte aus Halle und Berlin unter Führung des Gestapo-Inspektors Franke und ein Kommando von 50 Berliner Feldjägern nahmen 1935 von Mitte März bis Mitte April umfangreiche Verhaftungen in Zeitz vor. Hunderte Männer und Frauen wurden aus ihren Wohnungen geholt und in der brutalsten Weise mißhandelt und beschimpft. Bei den schrecklichen Prügeleien machte man keinen Unterschied zwischen Kranken und Gesunden, Alten und Jungen, Frauen und Männern, Schuldigen und Unschuldigen. Viele der Verhafteten sind stundenlang, oft tagelang mit Fäusten, Gummiknütteln und Totschlägern bearbeitet worden. Ein junger Arbeiter versuchte, sich den schweren Mißhandlungen der Gestapo durch einen Sprung aus dem Fenster zu entziehen. Er wurde im letzten Augenblick daran gehindert und erbarmslos zusammengewürfelt. Ein anderer Arbeiter, der Zimmermann Paul Dobitsch wurde durch die brutalen Mißhandlungen zu einem Selbstmordversuch getrieben. Schwer verletzt mußte er ins Krankenhaus gebracht werden.

Von den verhafteten Männern und Frauen sind später viele wieder aus der Haft entlassen worden. 140 Angeklagten wird der Prozeß gemacht. Der Prozeß wird zwecks Erleichterung des Verfahrens in 10 voneinander getrennten Abschnitten durchgeführt werden. Im benachbarten Naumburg und Weißenfels sind schon im Juli 1935 Urteile gegen illegal arbeitende Antifaschisten gefällt worden. Die Verhandlungen fanden damals unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und die Strafen waren außerordentlich hart. Der Hauptangeklagte des damaligen Prozesses, Richard Pontulla, wurde zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, der Angeklagte Waldemar Portius zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, der Angeklagte Friedrich Schellbach zu 9 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten bis zu 7 Jahren Zuchthaus.

Unter den Verhafteten, die jetzt zur Verurteilung kommen, befindet sich eine große Zahl von bekannten Vertrauensleuten der verschiedenen Zeitzer Arbeiterorganisationen. Wir nennen nur folgende Namen:

1. Dr. Agricola, Rudolf, SAP (Sozialistische Arbeiter-Partei), ZDA-Funktionär, Handelsoberlehrer, Stadtverordneter, früher Berichterstatter der Berliner SAP-Zeitung, 35 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, 1934 bereits 16 Wochen in Haft gewesen, war wiederholt verhaftet.
2. Wrecke, Emil, SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), Kreisbank-Oberinspektor und zweiter Direktor, führender Funktionär der SPD, leitender ZDA-Funktionär, Vorsitzender der Freidenker-Organisation, verheiratet, 1 Kind.
3. Hildebrandt, Erich, SAP, Fleischer, bis 1933 Vorsitzender der legalen SAP-Ortsgruppe, 35 Jahre alt, wiederholt verhaftet gewesen, verheiratet, keine Kinder.
4. Wagenbreth, Erich, KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), Holzbildhauer, bis 1933 politischer Leiter der legalen KPD-Organisation. Vorübergehend politischer Leiter des Mansfelder Seekrei-

ses (nachdem bei den blutigen Vorgängen in Eisleben der bisherige Leiter Koenen von den Nazis schwer verletzt worden war) im Jahre 1933 ein Jahr im Konzentrationslager Lichtenburg gewesen, 30 Jahre alt, ledig, Braut mit 1 Kind.

5. Haubenreißer, Kurt, SPD, Stadtverordneter, Geschäftsführer des Konsumvereins, Funktionär des ZDA, Führer des Reichsbanners, 31 Jahre alt, verheiratet, Frau ist in Emigration. Er hat verwitwete Mutter zu ernähren.
6. Wagner, Kurt, SPD, Tischler, wichtiger Funktionär in den Kulturorganisationen der SPD, 40 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind.
7. Paschke, Franz, SPD, Stadtrat, Metallarbeiter, Kreisleiter des Atus — Sparte Leichtathletik und Wassersport im 5. Kreis Thüringen. Bekannter Schulungsleiter des Arbeitersports, Mitarbeiter der Arbeitersportzeitungen, 40 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind.
8. Schulze, Alfred, SAP, Maler, bis 1933 2. Vorsitzender der legalen SAP-Ortsgruppe, Vorsitzender des Maler- und Lackiererverbandes, 35 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind.
9. Gößrau, Otto, KAP, Stukkateur, Leiter eines großen Arbeitersportvereins im Zeitzer Vorort Aus, ca. 45 Jahre alt, verheiratet, 3 Kinder.
10. Beler, Ernst, SPD, Tischler, aktiver Sportler, Funktionär der SPD, des Reichsbanners und der Eisernen Front, 28 Jahre alt, ledig, seine Schwester ist in der Emigration.
11. Koppe, Hermann, SPD, Laborant, früher Betriebsrat im Leunawerk, bekannter Gewerkschaftsfunktionär, wiederholt verhaftet gewesen, 32 Jahre alt, verheiratet, keine Kinder, Schüler der Volkshochschulen Dürrenberg und Tinz.
12. Judersleben, Otto, SPD, Ingenieur, Vorsitzender des Arbeiter-Flugvereins »Sturmvogel«, aktiver Sportler, führender Sportfunktionär, flugtechnischer Mitarbeiter der deutschen Presse, 36 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind.
13. Hauschildt, Frieda, SAP, Hausfrau, Mann 1934 zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, wiederholt verhaftet gewesen, 30 Jahre alt, keine Kinder, Eltern 80 und 84 Jahre alt, sind von ihr unterstützt worden.
14. Thieme, Walter, SPD, Arbeiter, Funktionär der SPD, der Gewerkschaft und der Eisernen Front, verheiratet, 1 Kind, 36 Jahre alt.
15. Glaube, Otto, SPD, Lagerhalter des Konsumvereins, Gemeinde- und Amtsvorsteher des Zeitzer Vorortes Aylsdorf, Reichstagsmitglied, Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe, 48 Jahre alt, verheiratet, hat größere Kinder.
16. Bräunlich, Otto, SPD, Reichsbannermann, Schuhmacher, 30 Jahre alt, ¼ Jahr vor der Verhaftung verheiratet.
17. Neumann, Willy, Tischler, KPD, Funktionär des Arbeitersports, aktiver Sportler, 27 Jahre alt, ledig.
18. Skottareck, Alex, KPD, aktiver Arbeitersportler, Schlosser, 30 Jahre alt, ledig, Funktionär der Sparte Schwerathletik im Arbeitersport.
19. Wegmann, Paul, SPD, ehemaliger Reichstagsabgeordneter, Kreisjugendpfleger, im Kriege Mitglied des Spartakusbundes, Organisator der Berliner Vertrauensmännerkörperschaft in Metallbetrieben, 1918 Mitglied des revolutionären Berliner Vollzugsrates, ist in der gesamten Literatur über die Revolution von 1918 erwähnt. Seine Anteilnahme an den Vorgängen der Revolutionsjahre ist u. a. geschildert in dem Buche des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller »Revolution 1918«, 45 Jahre alt, 2 kleine Kinder, schwer zuckerleidend. Sein Bruder gehört der linkssozialdemokratischen Bewegung der Vereinigten Staaten von Amerika als führender Funktionär an. Wegmann war im Jahre 1933 7 Monate in Untersuchungshaft in Halle und Berlin und wurde damals in erster Instanz zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde er dann mangels Beweisen auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Wegmann gehört zu den beliebtesten Funktionären der Zeitzer Arbeiterbewegung und genießt durch seine vor-

bildliche Tätigkeit als Kreisjugendpfleger auch in der Hitlerjugend großes Ansehen.

20. Jacob, Kurt, SPD, Tischler, ehemaliger Schüler der Gewerkschaftsschule Bernau, bekannter Gewerkschaftsfunktionär, langjähriger Betriebsrat in der Klavierbranche, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft (Gewerkschaftsgründung), ist aus der bürgerlichen Jugendbewegung hervorgegangen und genießt noch heute in den Kreisen der bürgerlichen Jugendbewegung durch seine Lauterkeit größtes Ansehen. 36 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind. Gehört zu den Gründern der freideutschen Jugendbewegung.
21. Stoller, Herbert, SPD, ZDA-Funktionär, Sekretär des Landratsamtes, 38 Jahre alt, verheiratet, keine Kinder.
22. Dobitsch, Paul, SAP, Zimmermann, war in legaler Zeit Hauptkassier der SAP, Gewerkschaftsfunktionär, führender Funktionär der Freidenkerbewegung, 35 Jahre alt, verheiratet, hat infolge der schweren Mißhandlungen einen Selbstmordversuch unternommen und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.
23. Enderlein, Hermann, SPD, führender Reichsbanner-Funktionär, aktiver Sportler und Sportfunktionär der Freien Turnerschaft Zeitz, Holzarbeiter, etwa 32 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind.
24. Enderlein, Martha, Ehefrau des Vorgenannten, SPD-Funktionärin der legalen SPD-Frauenbewegung, 32 Jahre alt, 1 Kind.
25. Weber, Otto, Lagerhalter im Konsumverein, SPD, früher Obersekretär des Kreisnahrungsamtes und Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes, Vorsitzender des ZDA, verheiratet, keine Kinder.
26. Krause, Franz, Lagerhalter des Konsumvereins (pensioniert), seit 30 Jahren Mitglied der SPD und der Gewerkschaft, Freidenkerfunktionär, 64 Jahre alt, hat im Gefängnis einen Nervenzusammenbruch erlitten, bleibt aber trotzdem verhaftet, weil seine beiden Söhne sich der Verhaftung durch Emigration nach der CSR, entzogen haben, befindet sich noch im Zeitzer Gefängnis (tschechoslowakischer Staatsangehöriger).
27. Krause, Klara, Ehefrau des Vorgenannten, seit 15 Jahren in SPD, 70 Jahre alt, schwerkrank, wird trotzdem in Haft behalten, weil ihre beiden Söhne sich der Verhaftung durch Emigration nach der CSR, entzogen haben.
28. Krause, Ottilie, SPD, Schwiegertochter des Vorgenannten, 34 Jahre alt, war nach Emigration ihres Mannes wiederholt verhaftet, befindet sich gegenwärtig wieder im Zeitzer Gefängnis in Haft. Ihr Sohn, Rudi Krause, 10 Jahre alt, ist von der Gestapo in ein nationalsozialistisches Erziehungsheim gesteckt worden, weil Großeltern und Mutter im Gefängnis sind und der Vater und Onkel emigrieren mußten. Das an und für sich schwache Kind soll körperlich und seelisch völlig herunter sein.
29. Dr. Flörsheim, Gustav, Arzt, obwohl Jude, hat er den Krieg als Offizier mitgemacht, war als Arzt auf Grund seiner Fachkenntnisse besonders bei der arbeitenden Bevölkerung sehr beliebt und deshalb seit 1933 das Opfer böswilliger Verleumdungen und Verhetzungen, 42 Jahre alt, verheiratet, 1 Kind. Das Kind befindet sich bei den Großeltern, die beide über 80 Jahre alt sind.
30. Flörsheim, Hilde, Ehefrau des Vorgenannten, 42 Jahre alt, herzleidend, verheiratet, 1 Kind.
31. Hoffmann, Hans, SPD, Arbeiter, 36 Jahre alt, aktiver Sportler und Sportfunktionär der Freien Turnerschaft, technischer Leiter der Abteilung Wassersport, war nach Jena verzoogen, wurde dort verhaftet und nach Zeitz gebracht, verheiratet, 1 Kind.
32. Hoffmann, Ehefrau des Vorgenannten, SPD, aktive Sportlerin in der Freien Turnerschaft, 30 Jahre alt, in Jena verhaftet und nach Zeitz gebracht, 1 Kind.
33. Stanko, Franz, KPD, Arbeiter, Funktionär der Kulturorganisation der KPD, 42 Jahre alt, verheiratet, Funktionär der Freidenkerbewegung.
34. Rose, Paul, SPD, Arbeitsamtsangestellter, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, Funktionär der Freidenkerbewegung, 42 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, hat nach seiner Verhaftung einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten und ist daraufhin vorläufig als haftunfähig entlassen worden, steht unter Polizeiaufsicht.
35. Pönitz, Ewald, KPD, 38 Jahre alt, Bauarbeiter, führender Funktionär der legalen KPD-Ortsgruppe, war wiederholt verhaftet, verheiratet, 1 Kind.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, eine gemeinsame Hilfe für die Opfer des Terrors organisiert zu haben. Nach den schweren Urteilen, die in der letzten Zeit in fast allen politischen Prozessen gefällt worden sind, ist zu befürchten, daß auch hier wieder zahlreiche Männer und Frauen für viele Jahre ins Zuchthaus und ins Gefängnis wandern, nur weil sie es unternommen haben, im Geiste wahrer Menschlichkeit und Solidarität den Opfern des Terrors zu helfen. Eine Milderung ist nur zu erwarten, wenn die Richter wissen, daß die volle Sympathie der Weltöffentlichkeit auf der Seite der angeklagten Opfer des Hitlerfaschismus steht.

ker universal anwenden, sei es in Bezug auf Oesterreich, auf die Tschechoslowakei oder anderwärts.

Aber der Revisionsanspruch leuchtet nicht nur aus den amtlichen Papieren hervor, sondern vor allem auch aus der dirigierten Presse. In der »Frankfurter Zeitung« vom 30. März hat Rudolf Kircher auf die Rede Flandins geantwortet:

»Was Herr Flandin gegen den deutschen Plan einwendet, und was er zur Begründung der von ihm gestellten Fragen sagt, scheint leider darauf hinzudeuten, daß die französische Politik ebenso auf den »Status quo« festgelegt werden soll, aber nicht auf das Prinzip eines Friedens der Gleichberechtigung. Es ist klar, daß Herr Flandin die den Engländern allmählich aufgedämmerte deutsche These verwirft: jene deutsche These, die besagt, der natürlichen Entwicklung der Völker und ihrer Lebensverhältnisse

muß Rechnung getragen werden und das revisionistische Prinzip darf nicht verkommen. Herr Flandin stellt seine Fragen — unbekümmert darum, ob sie aktuellen Antworten überhaupt zugänglich sind — derart, daß jedermann fühlt, das liebste wäre ihm eine Liste deutscher Wünsche, über die er und andere lärmend herfallen könnten.«

Diese Fragen, an denen die Existenz der neuen und neuformierten Länder in Mittel- und Osteuropa hängt, sind also »aktuellen Antworten nicht zugänglich«. Das ist die offene Ablehnung eines Ostlocarno!

Kein Wunder, daß in Mittel- und Osteuropa erschütternde Unsicherheit erzeugt worden ist. Kein Wunder, daß in der ganzen Welt offen ausgesprochen wird: »die nächste Aktion gilt Oesterreich!« Und wenn dies erfolgt, dann bricht der europäische Friede zusammen!

Deutsche Streiflichter

»Freut euch des Lebens!«

Die Malfeiern sollen in diesem Jahre, wie die Deutsche Arbeitskorrespondenz mitteilt, unter dem Leitwort »Freut Euch des Lebens!« stehen. Wir wollen die Freude nicht stören, erinnern aber den Präsidenten der Deutschen Arbeitsfront Herrn Dr. Robert Ley rechtzeitig an ein Versprechen, das er vor einem Jahre zum 1. Mai gegeben hat, und zwar mit wesentlich realeren Aussichten als sie in Wortlaut und Melodie des gemütvollen Biedermeierliedchens enthalten sind. Vor einem Jahre gab es bekanntlich noch Vertrauensratswahlen. Ihr Ergebnis war Herrn Ley so in die Glieder gefahren, daß er zum 1. Mai 1935 einen Aufruf über das Lohnproblem erließ. Darin versprach er den deutschen Arbeitern feierlich, daß er ihnen zum 1. Mai 1936 praktische Ergebnisse in der Frage des gerechten Lohnes vorlegen werde. Um dieses größte Problem jeder Sozialordnung gründlich anzufassen, sollen die besten Männer auf diesem Gebiete alle wissenschaftlichen Grundsätze zusammenbringen. Verlogen oder unwissend, vielleicht beides in einem vereint, behauptete Ley, es sei »geradezu erschütternd«, daß bisher weder in Deutschland noch sonstwo wissenschaftliche Arbeit in der Lohnfrage geleistet worden. Jetzt werde das Dritte Reich die Entlohnung auf eine neue gerechte Basis stellen und auch das »unwürdige Anreizersystem« beseitigen.

Im Uebrigen werde auch der letzte Arbeitswille bis zum 1. Mai 1936 Arbeit haben.

So geht es mit den Leyschen Prophezeiungen: noch sind selbst nach der hitlerdeutschen Statistik 2 Millionen Deutsche arbeitslos und in der Lohnfrage ist seit jener kühnen Proklamation nicht das Geringste geschehen. Die Löhne und die Gehälter bleiben bestenfalls stabil, und die Preise steigen. Nicht einmal von den »wissenschaftlichen« Arbeiten hat man seit hier etwas gehört. Die besten Männer Deutschlands, die nun seit zwölf Monaten den »gerechten« Lohn studieren, hüllen sich in Schweigen, was in dem Lande raffiniertester Propagandakünste doch wirklich auffallend ist. Sollte etwa die gesamte Lohnfrage in Vergessenheit geraten sein? Oder täuschen wir uns und das Motiv »Freut Euch des Lebens!« ist nur deshalb gewählt, weil zum 1. Mai 1936 Herr Dr. Robert Ley den deutschen Arbeitern und Angestellten den gerechten Lohn nicht nur ankündigt, sondern auch gewähren wird und sie deshalb am nationalen Feiertag vor Freude außer Rand und Band kommen werden? Wir müssen uns zur Lösung dieses Rätsels noch einige Tage in Geduld fassen. Am 1. Mai aber werden wir mit den deutschen Arbeitern gewiß erfahren, wie es um den wissenschaftlich erforschten und demnachst in Mark und Pfennigen ausgezahlten »gerechten« Lohn in Deutschland steht!

Sonderbare Widersprüche.

Der März brachte wieder einmal eines der deutschen Wunder. Nicht nur die Romilitarisierung der Rheinlande, die nur für sanfte staatsmännische Trümer eine wunderbare Ueberraschung war, sondern die Verringerung der deutschen Erwerbslosenziffer um über 578.000. Das ist eine bisher unerreichte Rekordzahl. In auffälligem Gegensatz dazu stehen die gerade jetzt wieder einsetzenden parteilicheren Aufrufe, doch endlich mehr Kriegsbeschädigten Arbeit zu geben. Es handelt sich nicht etwa nur um Schwerbeschädigte, sondern, wie es beispielsweise in einem Aufruf des rheinischen Treuhänders der Arbeit Börger heißt, um »viele hunderte Leichtbeschädigte, die noch ohne jeden Erwerb sind«. Und weiter wird gesagt: »Die meisten unserer noch erwerbslosen Kameraden sind fast noch im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft«. Und dennoch bleiben ausgerechnet sie erwerbslos, wenn angeblich über eine halbe Million Erwerbslose in einem Monat wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden?

Auch der Reichsbund der Kinderreichen beklagt sich. Zusammen mit mehreren rassienpolitischen und volkshygienischen Organisationen erläßt er einen Aufruf zur Einstellung kinderreicher Familienväter und behauptet: »Noch sind unverhältnismäßig viele Väter und erwerbstätige Angehörige kinderreicher Familien ohne Arbeit!« — Ergänzt werden diese Aufrufe durch lokale Klagen in der Parteipresse, daß trotz aller Mahnungen »Alte Kämpfer« nicht eingestellt würden und noch immer erwerbslos bleiben.

Da muß doch etwas nicht stimmen. Ein Teil des Widerspruchs wird natürlich dadurch erklärt, daß die Erwerbslosenstatistik vermutlich nach den Grundsätzen der Wahlstatistik geführt wird. Dabei aber darf man

Greisers brasilianisches Abenteuer

Ein unvergessenes südamerikanisches Gastspiel des Danziger Senatspräsidenten

im Sao Paulo, Mitte März.

Der nationalsozialistische Senatspräsident der Freien Stadt Danzig ist nicht nur in Europa eine zweifelhafte Berühmtheit, — auch das brasilianische Auslandsdeutschtum kennt diesen nationalsozialistischen Politiker von einer seiner — charakteristischsten Seiten. Herr Greiser hat nämlich als Vizepräsident des Danziger Senates im Jahre 1932 in Brasilien ein Gastspiel gegeben, von dem die hiesigen Auslandsdeutschen auch heute noch nur entsetzt und empört sprechen. Der Besuch des nationalsozialistischen Bonzen in Brasilien stand im Zusammenhang mit der Gründung der deutschen Siedlung »Neu-Danzig« in Parana. Diese Siedlung sollte mit Hilfe von öffentlichen Geldern Danziger Arbeitslosen eine neue Existenz in Uebersee verschaffen — die Beauftragten Danzigs, an der Spitze der Nationalsozialist Werner Deringer, hatten aber die Landkäufe usw. in der verantwortungslosesten Weise durchgeführt und unter anderem pro Alqueire Land um sechshundert Milreis mehr gezahlt, als er wert war. In einer auslandsdeutschen Zeitung der Stadt Sao Paulo wurde damals festgestellt, daß sich die Danziger Nazibonzen, ohne Verschulden der Terrainverkäufer, eine ganz schlimme Schiebung geleistet und üppige Provisionen auf Kosten der Erwerbslosensiedler geschluckt hatten. Da auch sonst zahlreiche Mißstände in »Neu-Danzig« herrschten, waren die Siedler natürlich sehr empört. Die nationalsozialistischen Korruptionshelden suchten mehr als einmal, die betroffenen Siedler, die nicht schweigen wollten, als »Bolschewisten« bei den brasilianischen Behörden zu denunzieren.

Als schließlich immer mehr Beschwerden und Hilfebriefe nach Danzig gelangten, wurde der Vizepräsident des Senates, eben Herr

annehmen, daß die Klagen über die Erwerbslosigkeit körperlich behinderter oder schon in vorgeschrittenen Jahren stehender Menschen in der schweren Art der Arbeit liegt, für die der größte Teil der neu eingegliederten Kräfte herangezogen worden ist. Offenbar wirkt sich schon die Romilitarisierung der Rheinlande aus. Umfangreiche Erd- und Betonarbeiten sind notwendig und zweifellos, ohne eine Stunde Verlust in Angriff genommen worden. Wahrscheinlich wird sich dieses »Wunder« in den kommenden Monaten noch in erhöhtem Maße fortsetzen und eine neue Welle der Staatskonjunktur bringen. Denn daß Hitlerdeutschland die Spaten ruhen läßt, nur weil einige ausländische Minister protestieren und Denkschriften an die diversen europäischen Ministerbüros versenden, sollten auch die vertrauenswürdigsten Exzellenzen nicht annehmen.

Warnung vor »Fehlkäufen«

Die Literaturbeilage der »Kölnischen Zeitung« fühlte sich verpflichtet, die jungen Deutschen vor Fehlkäufen in Büchern zu warnen und deshalb einige Ratschläge berufener Sachkenner zu geben. Sie läßt zu dem Thema also sieben berühmte Persönlichkeiten der deutschen Literatur zu Wort kommen. Darunter Ina Seidel, die sich eben erst an den lyrischen Lockrufen zur Wahl am 29. März beteiligt hat. Die Anregungen, die sie und die anderen nun aber zum Grundstock einer deutschen Hausbücherei erteilen, lassen merkwürdigerweise gar nichts davon spüren, daß seit nun drei Jahren der deutsche Geist sich in bis dahin ungeahnte Höhen aufschwingt. Nichts von dem gewaltigen An-, Auf- und Umbruch des neuen deutschen Jahrtausends! Die literarischen Ratschläge in der »Kölnischen Zeitung« hätten ebenso gut im Jahre 1910 oder im Jahre 1920 erteilt werden können, als noch niemand die Geistesfluten aus der kommenden Reichsschrifttumskammer ahnte. Dabei sind keineswegs nur Bücher aus längst verklungenen Zeiten angeführt, wenn sie auch von Homer über Walther von der Vogelweide und Luther und Shakespeare und Goethe zu Gottfried Keller weit überwiegen. Von lebenden Schriftstellern hat einer sogar August Winnigs »Frührot« in die erlauchte geleitete Gesellschaft gestellt. Was aber ganz und gar fehlt, ist auch nur der geringste Hinweis auf die Geistesheroen des Nationalsozialismus. Ein paar mal wird die alte Judenbibel empfohlen, in einem Falle sogar mit Nachdruck auf das Alte Testament besonders verwiesen, aber nicht ein einziger hält die Bibel der Deutschen »Mein Kampf« für wert, in den wichtigsten Bestand einer deutschen Hausbücherei aufgenommen zu werden. Nicht einer er-

innert an Rosenbergs »Mythos des XX. Jahrhunderts«, keiner an Hanns Johst's »Schlageter«, keiner an Heinz Staguweit! Oder doch? Dann aber höchstens in der Form entschiedenster Warnung, denn Wilhelm Schäfer schließt seine Antwort auf die Frage nach den besten deutschen Büchern: »Das Gängigkeitwerden kann nichts nützen. Das eigentliche Glück ist das der Suche. Wenn ein Rat nützlich ist, dann der, niemals ein Modebuch zu lesen, und kein Geld dafür auszugeben.«

Das kommt allerdings einem Boykottaufruf gegen die gesamte Hitlerliteratur gleich.

Göbbels statt Goethe.

Von den im Werden befindlichen neuen Lesebüchern für die deutschen Volksschulen liegt nun das für die ersten Jahrgänge der Oberstufe vor. Anscheinend konnten darin die Friedensoffensiven des »Führers« und seine Friedensdenkschriften noch nicht berücksichtigt werden. So tritt denn Adolf Hitler in diesen Lesebüchern noch nicht als moderner Friedensengel, sondern als schließender und stürmender Musketier auf. Pazifistische Stellen sind allerdings in dem für die Lesestücke herangezogenen »Mein Kampf« auch beim besten Willen nicht zu entdecken. Man nahm also das kriegererevirens-kitschige Selbstlob seiner Feuertaufe und eine kurze Schilderung der Flandernkämpfe. Beides Prosastücke, die deutlich erkennen lassen, daß Hitler sich an Karl May geschult hat. Auch der Reichsauffahrtsminister Göring tritt keineswegs in der neuerdings beliebten Rolle eines Pazifisten, sondern in der des erfolgreichen Jagdfliegers auf, der eben seinen »Achten« abgeschossen hat, keineswegs seinen achten Rehbock, sondern seinen achten Flieger. Es war doch wohl etwas voreilig, dieses Lesebuch jetzt schon drucken zu lassen, denn wenn der Hitlersche radikalpazifistische Friedensplan angenommen werden sollte, wird es sofort wieder eingestampft werden müssen.

Von Göbbels, den natürlich kein Lesebuchfabrikant fehlen zu lassen wagte, gibt es keine kriegerischen Heldenaten zu melden: Mit Mühe und Not hat man aus seinen Reden einen Abschnitt aus der Ansprache zum 1. Mai 1933 für lesebuchreif gefunden. Es ist selbstverständlich, daß einige andere Zeugen deutschen Geistes zurücktreten mußten, wenn Hitler und seine Paladine der deutschen Volkjugend nahegebracht werden sollten. So vermißt man denn unter anderem den Namen Goethe, und man wird zugeben müssen, daß er in dieser Gesellschaft nichts zu suchen hat.

Hannes Wink.

Kosten der Steuerzahler wiederum in dem vornehmsten Lokal, dem »Parque Bañeario«, ein. Zur freundlichen Erinnerung für Greiser wollen wir das Datum festhalten: es war der 24. August 1932. Dort veranstaltete Greiser mit einigen anderen Germanen seines Kalibers eine solenne Sauferei. Da Greiser sich mit dem bedienenden Kellner nicht verständigen konnte, suchte er seinen Bestellungen gehörigen Nachdruck zu verleihen, indem er ihm immer wieder die Pistole auf die Brust setzte. Der Barmann, ein Deutscher, versuchte vermittelnd und beruhigend zu intervenieren, da erkläre Greiser stolz: »Ich verstehe nur englisch.« — Die Situation wurde immer bedrohlicher, denn Greiser schoß wild um sich. Da erschien, es war gegen Mitternacht geworden, die Polizei und verhaftete Greiser. Nur weil sich für ihn zahlreiche Persönlichkeiten der deutschen Kolonie einsetzten, die die Schande einer öffentlichen Gerichtsverhandlung vermeiden wollten, wurde Greiser am 26. August, nachdem er einhundert Milreis Strafe gezahlt hatte, aus der Polizeihaft entlassen. Er mußte allerdings an demselben Tage nach Buenos Aires abdampfen.

Greiser kehrte dann noch einmal nach Sao Paulo zurück und fuhr auf einen »Katzensprung« nach »Neu-Danzig«, obwohl doch die Kontrolle der dortigen Siedlung die einzige Aufgabe seiner von öffentlichen Geldern bezahlten Reise war. In der Siedlung hielt er sich nur ganz kurze Zeit auf, die er im wesentlichen damit verbrachte, im total besoffenen Zustande den Siedlern Katzen und Geflügel wegzuschleusen. Er hatte sich nämlich, so erzählte er, in Europa vorgenommen, »im Urwald zu jagen«. Schließlich kehrte Greiser nach Europa zurück und machte dann, nach der »Machtergreifung« in Danzig, eine quasi »internationale Karriere«. Die Auslandsdeutschen Brasiliens denken aber an ihm noch immer mit Verachtung!

Rassenschandeprozesse

Die Prozesse gegen »Rassenschänder« sind so häufig geworden, daß es auffällt. Die Juden in Deutschland zeichnen sich sonst nicht durch Tatopposition gegen die Gesetze des Dritten Reichs aus. Wie ist die hohe Zahl zu erklären?

Strafvorschriften gegen unerlaubten Geschlechtsverkehr unterliegen besonderen, kriminalistisch-psychologischen Gesetzen. Intimität, Schnelligkeit und die Unmöglichkeit, durch Indizien nachträglich einen Schuldbeweis zu führen, erhöhen den Mut zur verbotenen Tat. Es wird schon nicht herauskommen, ist der Trost des Durchschnittsrechtbrechers. Es kann garnicht herauskommen, die feste Ueberzeugung der »Rassenschänder«. Diese Ueberzeugung trägt. Manche Tür hat ein Schlüsselloch, manche Wand ist hellhörig und unerschöpflich sind die Schliche, mit denen die zum nationalen Ethos erhobenen Instinkte der Klatschsucht, des Sexualneides und der Schnüffelerei das Geheimnis zweier Liebenden zu lüften suchen. Man denke an das ekelhafte Angebertum, das im Kaiserreich durch die Polizeivorlesungen gegen das Konkubinat mobil gemacht wurde. Damals riskierten die Mucker und Finsterlinge jedoch die Verachtung ihrer Umgebung, während jetzt — Julius Streicher ist ein mächtiger Mann, das sagt alles.

Daneben darf ein anderer Umstand nicht übersehen werden. So schwer unter normalen Umständen der Nachweis einer derartigen Tat ist, so leicht ist auch die falsche Anschuldigung. Es gibt keine Indizien, keine Tatzeugen mit Ausnahme der Beteiligten. Sitzt nun einer dieser angeblich Beteiligten auf der Anklagebank und der andere darf schwören. — Was ist gefährlicher, als durch einen nie nachzuweisenden Meineid die Kriminalstatistik der Juden erhöhen zu lassen und die Minderwertigkeit der Juden »exakte« nachzuweisen. Womit auch die Erklärung dafür gegeben ist, weshalb die Nürnberger Gesetze nur den männlichen Teil mit Strafe bedroht haben.

Das sind die Besonderheiten der Rassenschandefälle. Da die Prozesse außerdem vor den Gerichten des Dritten Reichs stattfinden, so fehlt selbstverständlich jede Möglichkeit, einen objektiven Eindruck über dieses Problem zu erhalten.

Der schwarze Etat

40 Milliarden schwebende Schulden

Es nützt der Diktatur nichts, das Kunststück fertig gebracht zu haben, daß es in Deutschland nur mehr den — schwarzen Etat gibt. Das Ausland läßt sich nicht täuschen; ganz allgemein ist die Ueberzeugung, daß die aufgehäuften schwebenden Schulden, die ein Jahr vorher mit 20—25 Milliarden RM angenommen wurden, sich jetzt der 40-Milliarden-Grenze nähern. Die deutsche Aufrüstung ist nun einmal sehr kostspielig. Denn es handelt sich bei ihr um ein Doppeltes: Wie nach Beendigung des Krieges die heruntergewirtschaftete deutsche Industrie zu einem guten Teil neu aufgerichtet werden und dabei die unterdessen gemachten technischen Fortschritte — neue Maschinerie, neue Produktionsmethoden — mit einem Schlage nachgeholt werden mußten und jene Aera der Rationalisierung begann, deren gewaltige Kapitalinvestitionen zum Teil mit den auswärtigen, jetzt von Schacht konfiszierten Anleihen bezahlt wurden, so mußte auch die plötzlich vervielfachte neue deutsche Armee mit der modernen Kriegsmaschinerie und Kriegsorganisation in kürzester Zeit ausgestattet werden. Ausgaben, die sich für andere Staaten zum Teil auf anderthalb Jahrzehnte verteilen konnten, drängten sich auf eine Zeit von zweieinhalb Jahren zusammen. Schon deshalb mußten die Militärbudgets der letzten Jahre das Mehrfache etwa der französischen ausmachen, wobei die sogenannten einmaligen Ausgaben einen bedeutend höheren Prozentsatz ausmachen als in den fremden Militäretats.

Dann aber sind die Kosten der neuen Armeen ungleich höher als je. Wie in der Industrie die Tendenz besteht, daß der Anteil des in Gebäuden, Apparaten, Maschinen, Rohstoffen investierten Sachkapitals rascher wächst als der im Arbeitslohn verausgabte Kapitalteil, so ist auch in der Armee der Ausgabensatz für die militärische Maschinerie im weitesten Sinn enorm gewachsen. Und diese Maschinerie ist ungleich kostspieliger geworden. Schon die Motorisierung allein, überhaupt die Aufstellung der modernen Stoßarmee erfordert Summen, mit denen früher ein ganzer Militäretat bestritten werden konnte. Die Schaffung der modernen Luftwaffe, deren Typen ständig durch neue technische Fortschritte überholt und deshalb ständig erneuert werden müssen, mit ihren Anforderungen an eine entsprechende Bodenorganisation, an den aktiven und passiven Luftschutz, die Ausstattung mit Tanks und schwerer Artillerie, all das steigert die finanziellen Ausgaben in ein früher unvorstellbares Maß. Dazu kommt aber die kostspielige, zum größten Teil ebenfalls aus Steuergeldern bezahlte Umstellung der Industrie auf Kriegsproduktion, ihre stete Bereitschaft für Serienfabrikation und in Deutschland schließlich die allgemeine Erhöhung wichtiger Produktionskosten durch die verschiedenen Arten der Ersatzherstellung, der Verwendung einheimischen, aber teureren Materials usw. Und dabei stehen wir erst am Anfang des neuen Wettrüstens.

Vergegenwärtigt man sich diese Tatsachen, so wird auch die phantastische Ziffer von 40 Milliarden erklärlich und man begreift, daß eine Aufrüstung in deutschem Maßstabe, die innerhalb einer so kurzen Zeit den ungeheuren Apparat des modernen Krieges fast aus dem Nichts erschaffen mußte, Ausgaben erforderte, die nur mit den Kosten eines Weltkriegsjahrs zu vergleichen sind. Es ist auch klar, daß angesichts des hohen Steuerdrucks und der durch die Wirtschaftskrise sehr geschwächten Reserven die Aufbringung dieser Summen dem nationalsozialistischen Regime politisch kaum anders als auf dem Inflationswege möglich war. Und dieser Weg wird weiter begangen. Denn die Versuche, durch Steuern oder durch Anleihen Ausgaben von solcher Höhe zu finanzieren, sind trotz aller Anstrengungen Schachts ergebnislos geblieben. Denn was will es schon bedeuten, daß Schacht jetzt wieder die Versicherungsgesellschaften zwingt, etwa 300 Millionen Schatzanweisungen und Reichsanleihen zu übernehmen? Daß das Reich alle Spareinlagen und Versicherungsprämien mit Beschlag belegt, ist ja bedeutungslos, sobald die Ausgaben vielleicht das Zehnfache von dem betragen, was sich in

der Wirtschaft an Kapital neu bildet. Die Frage bleibt deshalb bestehen, wie lange denn die inflationistische Finanzierung fortschreiten kann, ohne in jenen Kreislauf einzumünden, den wir aus der letzten Inflation in so schrecklicher Erinnerung haben: Preissteigerung, Lohnerhöhung, neue Preissteigerung bis zur endgültigen Entwertung des Währungsgeldes.

Bis jetzt ist es der Diktatur gelungen, diesen Prozeß noch hintanzuhalten, wenn auch die Spannungen im bisherigen Preisgefüge zunehmen. Die Machtmittel, welche die Diktatur einsetzen kann, sind eben auch auf wirtschaftlichem Gebiete sehr stark. Die Devisenzwangswirtschaft z. B. verhindert in weitgehendem Maße die Flucht in die Sachwerte, die wesentliches Auslöschungsmoment für die Inflation darstellt. Der Deutsche kann ja nicht, wie etwa der über seine Währung beunruhigte Franzose, Geld, Devisen, ausländische Wertpapiere oder Rohstoffe kaufen. Ebenso ist die Diktatur bisher imstande gewesen, durch ihre Festpreise und ihre Verhinderung von Lohnerhöhungen Preissteigerungen über ein gewisses Ausmaß hinaus zu vermeiden. Aber das Wesentliche ist doch, daß ihr in diesem Stadium auch rein wirtschaftliche Umstände zu Hilfe kommen. Denn es ist eine Erfahrung, die sich auch in der letzten Inflation bestätigt hat, daß vom Beginn der künstlichen Geldschöpfung an bis zum Eintritt der offenen Inflationserscheinungen eine längere Uebergangszeit verstreicht. Dieser Vorgang wird erklärlich, wenn man sich vorstellt, welches die nächsten Folgen der staatlichen Krediterschöpfung sind. Bekanntlich bezahlt das Reich seine Rüstungsausgaben mit Finanzwechseln. Diese fließen zunächst an Zahlungstatt an die Industrie. Die Lage der deutschen Industrie und namentlich der Schwerindustrie war im Verlauf der Krise sehr prekär geworden. Ihre Verschuldung war sehr stark gestiegen, ihre flüssigen Mittel verausgabt, die Bilanzen sehr stark angespannt. Die Finanzwechsel des Reiches, hinter denen die Einlösungsbereitschaft der Reichsbank steht, sind so gut wie bares Geld. Die deutsche Industrie, soweit sie an der Rüstungskonjunktur überhaupt Anteil hat, benutzt nun in diesem Stadium die Rüstungsgewinne zu einer weitgehenden Entschuldung. Neben einem guten Teil der Auslandsschul-

den, wofür Schacht zeitweise bereitwillig auch Devisen zur Verfügung stellte, werden vor allem auch die Verpflichtungen an die Banken abgelöst. Die Wechsel wandern von der Industrie an die Banken. Und hier handelt es sich zugleich um eine wichtige strukturelle Aenderung. Die enge Verflechtung zwischen Industrie- und Bankkapital wird gelockert. Die in Deutschland so ausgeprägte Herrschaft der Banken über die Industrie erfährt eine weitgehende Rückbildung. Die Industrie kommt sozusagen wieder in den unumschränkten Besitz ihrer Sachwerte.

Besonders interessant und bezeichnend für die nationalsozialistische Begünstigung einzelner kapitalistischer Cliquen ist es, wenn dabei der Rüstungsgewinnler Thyssen diese Gelegenheit sogar dazu ausnützen kann, die im Reichsbesitz befindlichen Anteile an seinem Stahlverein wieder zu reprivatieren. Ein ähnlicher Vorgang vollzieht sich übrigens auch bei den Großbanken, die ebenfalls in neuerer Zeit ihre während der Krise in den Besitz des Reiches oder der Golddiskontbank gelangten Aktien in steigendem Maße zurückkaufen.

Dieser Entschuldungsprozeß der Industrie bewirkt also, daß in großem Umfange die vom Staat ausgegebenen Wechsel gegen frühere Bank- und andere Schulden verrechnet werden und damit aus der Zirkulation zunächst ausscheiden. Dieser Vorgang hat aber seine bestimmten Grenzen und es ist wahrscheinlich, daß diese von einem großen Teil der deutschen Rüstungsindustrie bereits erreicht sind. Dafür spricht auch das immer energischer Bemühen der Industriellen, durch Erweiterung ihrer Konzerne die sich bei ihnen anhäufenden Wechsel in Sachwerte umzuwandeln, ein Bestreben, dem aber naturgemäß noch viel engere Schranken gezogen sind. Damit nähert sich aber der Zeitpunkt, in dem die Masse der sich immer neu vermehrenden künstlich geschaffenen Geldmittel ihren Druck auf das bisherige Preisgefüge ausüben muß. Und da auf der anderen Seite die auswärtige Politik der Diktatur zu immer neuen Spannungen führt, das Rüstungstempo sich noch beschleunigen und die Rüstungsausgaben noch anschwellen müssen, werden damit auch die Folgen der inflationistischen Finanzierung immer unvermeidbarer.
Dr. Richard Kern.

Aufrüstung statt Siedlung

Die Angst vor den »bolschewistischen« Siedlungsplänen Brünings und Schleichers hat die ostelbischen Junker in die Arme Hitlers getrieben. Sie täuschten sich nicht über den Charakter des unumstößlichen Programms der NSDAP in dem »eine umfassende Bodenreform« als eine Hauptforderung prangt. Das Ergebnis der Siedlungstätigkeit des Dritten Reiches bleibt sogar in den ersten drei Jahren seiner Existenz hinter dem der letzten Jahre der Weimarer Republik zurück. In der Weimarer Republik wurde die Siedlung als Neu- oder Anliegersiedlung durchgeführt. Die Neusiedlung bestand in der Neuschaffung von Siedlerstellen durch Aufteilung von Großgütern und Staatsdomänen. Auf Grund des Reichs-siedlungsgesetzes von 1919 wurden bis 1932 rund 57.000 neue Bauernstellen geschaffen und der Besitz von 96.000 Klein- und Werkbauern um durchschnittlich 1½ ha vergrößert. Insgesamt wurden bis 1932 744.000 ha, fast ausschließlich in Ostelbien, besiedelt.

Die Zahl der neugeschaffenen Höfe ging aber von 9046 im Jahre 1932 auf 4914 1933, also auf fast die Hälfte zurück, die zugewiesene Fläche um 40 Prozent. Auch die Zahl der Landzulagen wurde um 1000 gekürzt. Für 1934 wurden den Siedlungsanwärtern »mindestens 12.000 bis 15.000 Siedlerstellen« versprochen, das Versprechen aber später auf 8000 ermäßigt. Aber auch diese Zahl wurde bei weitem nicht erreicht, sondern nur 4827 Siedlerstellen geschaffen, also das bereits gedrohte Ergebnis des Vorjahres noch unterschritten. Allerdings ist die Durchschnittsgröße je Stelle erhöht worden. Aber fast ein Viertel der Siedler erhielt unkultiviertes oder neukultiviertes Land, Moor oder Oedland, das erst durch jahrelange Arbeit in vollwertiges Ackerland zu verwandeln ist. Denn anstatt das Land dorthin zu nehmen, wo es oft ungenügend bebaut und spärlich besiedelt ist: in Ostelbien, versucht das Dritte Reich die falsche Vorstellung zu erzeugen, daß Siedlungsland fehle und deshalb erst geschaffen werden

müsse. Der Zweck der mit großem Propaganda-Aufwand betriebenen Landgewinnungsarbeiten ist also der Schutz des ostelbischen Junkertums vor der Aufteilung seiner Latifundien. Unter Einsetzung von Wohlfahrtsverbänden, Arbeitsdienstlern und Konzentrationslagerinsassen werden Moore trockengelegt, Oedland urbar gemacht und Eindeichungen vorgenommen. Solche Arbeiten wurden auch in der Weimarer Periode durchgeführt, aber nur in bescheidenem Umfang, weil sie bei geringen Erträgen große Aufwendungen erfordern.

In der Besiedlung bebauten Landes bleibt also das Dritte Reich hinter der Republik zurück, nur in der Urbarmachung ungebauten Landes ist sie von ihm überflügelt worden. Aber die materiellen Ergebnisse sind im Verhältnis zum ungeheuren Aufwand kläglich. Das erste Eindeichungswerk ist der mit großer Feierlichkeit im Frühjahr 1935 eingeweihte Adolf-Hitler-Koog. Von 1330 ha, an deren Trockenlegung 2000 Arbeiter mehr als 1½ Jahre gearbeitet haben, sind 1200 ha unter 60 Siedler aufgeteilt. Der Kostenaufwand für diese 60 Siedlerstellen beträgt 3,7 Millionen. Das ist für Boden, der erst durch jahrelange Arbeit zu wirklichem Kulturland zu machen ist, das vier- bis fünffache des besten ostdeutschen Bodens.

Die nationalsozialistische Siedlung unterscheidet sich auch darin von der Siedlung der Republik, daß sie mittlere und größere Bauernstellen bevorzugt mit dem ausgesprochenen Ziel des Aufbaues neuer Erbhöfe. Die Finanzierungsvorschriften verlangen erhebliche Eigenmittel des Siedlers. Dadurch werden Landarbeiter und Söhne von Kleinbauern praktisch ausgeschlossen, die Siedlungstätigkeit bewußt erschwert und der Kreis der Siedlungsbewerber eingeschränkt. Die Siedlung wird kurz gehalten, und die Romantik von Blut und

Boden muß der Wirklichkeit der Aufrüstung weichen.

Die vorstädtische Kleinsiedlung ist von der Regierung Papen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme begonnen worden. Vom Dritten Reich wird sie zu einem Mittel erklärt, die »entwurzelten Großstadtmenschen mit der Urquelle der Rasse und den deutschen Arbeiter wieder mit dem Heimatboden zu verbinden. Im Gegensatz zur ländlichen Siedlung ist diese städtische Siedlung ein Erfordernis der Aufrüstung, weil nur so den Gesichtspunkten der Industrieverlagerung und den sonstigen militärischen Erfordernissen Rechnung getragen werden kann. Seit die Diktatur ihre ganze Finanzkraft auf die Aufrüstung konzentriert, die Wohnungsfrage daher immer schwerer lösbar wird, bekommt die städtische Siedlung eine neue Bedeutung, weil sie eine Reihe bemerkenswerter Vorteile hat: Man kann das Streben breiter Schichten nach dem Eigenheim dafür nutzbar machen, daß sie Ersparnisse dafür einsetzen. Man kann die Beitragseinnahmen der DAF dafür mitverwenden, also Heranziehung von Steuerbeiträgen ohne Steuererhöhung. Man kann den Unternehmern klarmachen, daß Unterstützung der Siedlung im wohlverstandenen eigenen Interesse liegt. Man kann die Finanzierung durch Privatkapital erleichtern durch Vorschriften über den Kreis der Siedlungsanwärter und die Verzinsung der Hypotheken. Ursprünglich sind von den durch Verordnung vom 30. 3. 35 neu bereitgestellten Mitteln von 80 Millionen 70 Millionen für die Kleinsiedlung verwendet worden, sie sollen aber so weit wie möglich gestreckt werden. Demgemäß sind im Reichsdarlehen, die ursprünglich 2500 Mark je Stelle betragen, zuerst auf 2250, im Februar 1935 auf 1000 Mark je Siedlerstelle herabgesetzt worden, ja man will sogar mit 400 bis 750 Mark auskommen. Der Siedler selbst soll 20 Prozent, im Ausnahmefall 15 Prozent zu den Baukosten beitragen, kann seinen Anteil allerdings auch beim Bau abarbeiten. Der Rest muß durch Aufnahme von Hypotheken aufgebracht werden. Reichsmittel sollen aber den Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern vorbehalten sein. Die Großstädte sollen versuchen, die in den Siedlungsbauten steckenden öffentlichen Mittel durch privates Kapital abzulösen. Deshalb hat man die Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen zugunsten der Hypothekengläubiger und auf Kosten der Siedler geändert. War die Stadtrand-siedlung ursprünglich eine sozialpolitische Maßnahme für Erwerbslose, so ist sie jetzt in erster Linie auch auf gutverdienende Arbeiter, kleine Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende abgestellt. Mit der Erhöhung der Baukosten wächst die finanzielle Belastung der Siedler. Ursprünglich sollte sie monatlich höchstens 15 bis 18 Mark betragen, die gegenwärtige Höchstgrenze, die aber in der Praxis häufig überschritten wird, liegt bei 30 Mark.

Der Erlaß vom 8. 6. 35 bestimmt ausdrücklich, daß in erster Linie die Ansiedlung von Stamararbeitern zu fördern ist. Das ist im Interesse zugleich der Aufrüstung wie der Unternehmer. Die Selbsthaftmachung der Arbeiter schränkt die Freizügigkeit des Arbeiters ein, erhöht seine Abhängigkeit vom Betrieb und erleichtert den Lohnabbau. Sie begünstigt die Methoden des Regimes, zwecks Verbesserung der Arbeitslosenstatistik bei sinkender Beschäftigungsmöglichkeit, Entlassungen durch Kurzarbeit und Wechselarbeit zu vermeiden. So ist aus der »Auflockerung der Großstädte« eine Hilfsmaßnahme für die industriellen Standortveränderungen geworden, die sich aus den Erfordernissen der Aufrüstung ergeben.

Das Regime verspricht sich von der Kleinsiedlung in der neuen Form eine Entlastung des Wohnungsmarktes. Da es aber zu seiner eigenen finanziellen Entlastung, um der Finanzierung der Aufrüstung willen den Siedlungswilligen das Siedeln verteuert, begrenzt es selbst diese Art Wohnungsbeschaffung auf die immer dünner werdende Schicht von Arbeitern, die sich unter den vom Dritten Reich vorgeschriebenen Bedingungen eine Siedlerstelle leisten können.

Der unvorsichtige Albert

In einer Zuschrift an die »DAZ« schreibt ein Albert Hagstotz folgende Kühnheit:

»Ich habe lange versucht, aus Verlautbarungen maßgebender Persönlichkeiten eine klare Linie herauszufinden, aber vergeblich.«

Warte nur, warte, balde hol'n sie dich auch!

Der gleichgeschaltete Storch

Roland Adolf

Schon im wieder freien Deutschland kräftiger, gesunder Stammhalter eingetroffen. Revierförster Helmuth Seydack und Frau, Revierförsterei Sakrent.

(Preußische Zeitung.)

Machtbewußter Sozialismus

Der Sprung über Rhodus

Als Karl Marx, Chefredakteur der »Neuen Rheinischen Zeitung«, 1849 von der wiedererstarkenden preußischen Reaktion zum zweiten Male aus der Heimat getrieben wurde, schrieb er voll Ingrimm, nicht er habe das Gastrecht verletzt, welches »die frechen Eindringlinge, die Vordrussen (die Borussen) uns Rheinländern auf unserm eigenen Grund und Boden oktroyiert haben.«

Die Rheinländer hätten gegen die preußischen Eindringlinge des Jahres 1815 die »revolutionäre Ehre des rheinischen Bodens« gerettet. Solche und viele andere Sätze beweisen, wie stark das politische Temperament des »vaterlandslosen« Marx von Heimatserlebnissen und Heimatempfindungen genährt wurde. Gewiß waren seine Staatsideen von den naturrechtlichen Anschauungen Rousseaus und der französischen Revolution maßgebend beeinflusst. Einen nicht minder starken Anstoß gab, wobei man freilich Heimatempfinden nicht mit Staatsgesinnung gleichsetzen darf — seine schicksalsbestimmende Erfahrung mit der Heiligen Allianz, dem reaktionären Preußentum und zuletzt mit dem Neudeutschland Bismarcks. Diese politischen Tatsachen Europas sind in Betracht zu ziehen, wenn man begreifen will, warum für Marx »Staat« und »Gesellschaft« immer weit auseinanderklaffen.

Hier liegen die Wurzeln seines Gegensatzes zu den lassalleianischen Staatsideen, zu denen sich Fritz Tejessy und vor ihm Wilhelm Sollmann in ihren Aufsätzen im »Neuen Vorwärts« bekannt haben. Es handelt sich dabei für beide um die Schöpfung einer neuen staatlichen Willensbildung. Beide empfinden, daß es nach den Ereignissen der letzten Jahrzehnte keinen einzigen politischen Ideenkreis im Sozialismus mehr gibt, der nicht die marxistische Staatsidee grundlegend verändert hat. An diesen Erkenntnissen ist Hitler unschuldig. Wenn der Gegensatz in den Staatsauffassungen, vor allem in der Vorkriegszeit, auch überwiegend theoretischer Natur war, so hat er doch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit siebzig Jahren begleitet. Vollmar und Bebel diskutierten leidenschaftlich über Probleme des Staatssozialismus miteinander. Die Revisionisten begannen die Eigengesetzlichkeit der staatlichen Dinge zu bejahen. 1917 erschien Karl Renners Buch »Marxismus, Krieg und Internationale«, dessen Aus-

gangspunkt die Darstellung des engen Verhältnisses des Nationalstaates zu seiner nationalen Wirtschaft als deutliche Tendenz der Zukunft war. Für Renner sind Nationen »geschlossene soziale Körper mit eigenen Schicksalen und nicht nur verschieden gefärbte Flugsandhaufen«. Renner folgte bereits, daß es nötig sei, für den Lebenswillen der gegenwärtigen Nationen und den Wirklichkeiten ihres gesellschaftlichen Daseins eine ihnen angemessene Staats- und Gesellschaftslehre herauszubilden.

Wir wissen alle, wie das Deutschland von Weimar mit diesen Problemen gerungen hat. Die deutsche Sozialdemokratie, vielseitig durch ihre eigene Tradition gehemmt, bemühte sich vergeblich, die deutsche Arbeiterschaft in gemeinsamen Bekenntnis demokratischer Staatsgesinnung zu sammeln. Heute? Tejessy spricht nicht grundlos von der Gefahr, daß das deutsche Volk seinen Haß gegen den nationalsozialistischen Staat auf den Staat selbst überträgt —, daß also eine neue Staatsgesinnung nicht der Hebel, sondern erst die Wirkung des Sturzes von Hitler sein wird.

Es fragt sich, ob dieser Sturz ohne das Vorhandensein dieser neuen Staatsgesinnung als leidenschaftliches Bekenntnis der Massen überhaupt möglich ist. Zutreffend sagt Tejessy, daß ein bloßes »Durchdenken« unseres Verhältnisses zum Staat gar nicht genügt. Es muß vielmehr Wunschbild der Massen werden, die entscheidende und anfeuernde Kraft jeder politischen Aktivität. Es handelt sich also um eine Gesinnungs- und Gefühlsentscheidung; wenn man will, um das Bekenntnis aus einem »Glauben« an eine demokratische und zugleich sozialistische Staatsauffassung und Staatsgesinnung. Um Hitler zu schlagen, muß man eine Massenbewegung entwickeln, die weit über ihn hinaus politische und gesellschaftliche Berge versetzen will. Die braune Festung kann erst erfolgversprechend berannt werden, wenn das Wunschbild in lebendigen kämpferischen Willensmächten Gestalt gewonnen hat. Es genügt nicht, »gegen« etwas zu sein. Nur das »für« besitzt revolutionäre Zündkraft in Staat und Gesellschaft und führt über den Sieg hinaus zur Machtbehauptung im sozialen Neubau.

Die Kräfte für Sollmanns »deutschen Volkssozialismus«, für die demokratische Staatsgesinnung, diese durchaus als

Machtgesinnung verstanden, sind vorhanden, wenn auch noch nicht bewußt und einheitlich entwickelt. Wir sehen sie in der Arbeiterschaft, in gewissen Mittelschichten, in den Kreisen der Intellektuellen, vor allem aber in der Jugend. Das viel zitierte antikapitalistische Gefühl steht ebenso außer Zweifel wie ein vielseitiger erbitterter Haß gegen den Nationalsozialismus. Liberale Ideengänge werden auf die Willensbildung in der kommenden geistigen, politischen und ökonomischen Epoche nur noch einen geringen Einfluß besitzen. Vor allem will die Jugend von den alten Fanfaren, die individuelle kulturbürgerliche Entfaltung mit Freiheit gleichsetzen, nichts mehr wissen. Diese Freiheit ist nicht gemeint. Das machtbewußte Freiheitsverlangen wird notwendig über private Freiheits-sphären und über einstige Toleranzbegriffe hinwegschreiten müssen. Schon die Aufgabe, die Idee der Freiheit eines Volkes von den freiheitsauslöschenden und freiheitsfälschenden Flecken der braunen Demagogie zu reinigen und sie wieder zum glaubensfüllten Wunschbild der Millionen zu machen, ist schwer genug. Wir haben es in den vergangenen Jahren erfahren, daß sich nur allzuvielen an Unfreiheit »gewöhnen« können, die schon einmal auf der demokratischen Ebene mit uns kämpften.

Die nationalen Gegebenheiten und Anknüpfungen verstehen sich, im Rennerischen Sinne, von selbst. Darüber sind sozialistische Diskussionen wohl kaum noch erforderlich. Marx und noch weitgehender Engels haben aus der in jedem Volke vorhandenen, seine Entwicklung fördernden oder auf ihm lastenden Geschichtstradition vielseitige Folgerungen gezogen. Ihr revolutionäres Temperament verführte sie dabei öfters zu irrigen Schlüssen. Die nationalen Fakten sind von mitbestimmender Kraft bei der Neugestaltung der Schicksale aller Völker. Darum gibt es für die Sammlung der deutschen Menschen im kämpferischen Widerstande gegen Hitler kein allgemeines europäisches Erfahrungsschema. Die Einheitsfronten, die in Frankreich und in Spanien politische Realität geworden sind, besitzen für Deutschland die Kraft einer moralischen beispielhaften Anfeuerung, aber nicht mehr. Das deutsche Volksschicksal dieser drei Jahre

des Dritten Reiches hat so tiefe geistige und psychologische Veränderungen hervorgerufen, daß es bei jeder neuen politischen Willensbildung nur immer wieder von der besonderen selbsterlebten deutschen Situation ausgehen kann.

Tejessy sieht hier die Problematik der deutschen Emigration, die denken, lesen und schreiben kann, was sie will. Sie muß unter den Fittichen der Freiheit die Staatsidee des vierten Standes, das heißt die Staatsidee des demokratischen Sozialismus entwickeln. Die Schwierigkeiten für den Tag der Wende sieht es so deutlich wie wir: Bundesgenossen von heute könnten Todfeinde von morgen werden. Auch eine Linksfront, bei der bürgerliche Demokraten, die Offiziere und die Regierung, die sozialistischen Arbeiter die Soldaten stellen, kann sozialistischen Gesinnungen und Interessen nicht genügen. Was folgert daraus für die politische Emigration? Man kann zu Einheit sammeln, man kann Parolen schaffen und Programme. Aber wirksam kann diese Arbeit nur werden, wenn sie nicht nur zum Kampfe gegen die terroristische Diktatur ruft, sondern zugleich imstande ist, den »Mythos« eines machtbewußten, zur Machtbehauptung entschlossenen Sozialismus der Demokratie der gesellschaftlichen Wirtschaft lebendig zu machen.

Ist die redende, die schreibende Emigration bereits unter diesen Bannern geeinigt? Wir sehen politische Emigranten von großem Einfluß, die es aufs ängstliche vermeiden, ihr Bekenntnis zur Wiederherstellung der politischen Freiheit im Kampfe gegen das Dritte Reich mit einem Bekenntnis zum Sozialismus zu verbinden. Manche sind liberal geblieben, so etwa wie einmal Anatole France die liberale Demokratie charakterisierte, daß das von ihr stabilisierte Recht darauf beruhe, »in majestätischer Gleichheit den Reichen wie den Armen zu verbieten, Brot zu stehlen und an den Straßenecken zu betteln«. Es gibt jedenfalls viele Nuancen dieser neuen Staatsgesinnung, auch solche, die an eine starke Demokratie ohne Sozialismus glauben und zuerst und vor allem einmal Hitler stürzen wollen, um zu sehen, was »nacher« wird. Ihnen fehlen die Voraussetzungen des Erfolges, des Köpfe gewinnenden und Herzen bezwingenden Erfolges: die Gefühlsentscheidung für die sozialistische Ordnung. Alle kommenden Kämpfe werden ihren Impuls von dem sozialen In-



Vergangenheit



Gegenwart



Zukunft

halt der staatlichen Machtbehauptung erhalten; so daß also das Wunschbild einer neuen Staatsgesinnung allein nicht ausreicht.

Die staatspolitische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie — sie gilt zunächst der machtpolitischen Ueberwindung der Diktatur. Die staatspolitische Zukunft der deutschen Sozialdemokratie — sie hängt davon ab, in welchem Maße es ihr gelingt, die Massen des deutschen Volkes nicht nur zu ihren Gedanken, sondern auch zu ihrem Machtwillen mit neuem Vertrauen zu erfüllen. Die deutsche Sozialdemokratie wird dabei viel lernen, aber auch viel verlieren müssen. Verlernen die rationalistische Auffassung vom Menschen, wonach er in seiner seelischen und politischen Haltung überwiegend aus seiner gesellschaftlichen Lage erklärbar sei und von ihr das Diktat seines Handelns erhalte. Lernen die Entzündung jenes lassalleianischen »Vestafeuers«, das den Glauben an die höheren menschlichen und unzerstörbaren gesellschaftlichen Werte des Sozialismus wach erhält.

Hegel sagt in seiner Phänomenologie des Geistes: »Es ist ebenso töricht zu wähen, irgendeine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als ein Individuum überspringe seine Zeit, springe über Rhodus hinaus. Geht seine Lehre in der Tat darüber hinaus, baut er sich eine Welt, wie sie sein soll, so existiert sie wohl, aber nur in seinem Meinen...«

Diese Auffassung wird von der Ideengeschichte der Menschheit nicht bestätigt. Die Welt ändert sich nur, wenn sie von Gedanken und Willensmächten vorange- trieben wird, »wie sie sein soll«. Ueber Rhodus hinaus zu springen — das ist die Aufgabe. **Andreas Howald.**

Im Zeichen des Krieges

Notabitur für Kriegsanwärter.

Im Kriege gab es die sogenannten »Notprüfungen«, etwa das »Notabitur«, das die Oberprimaner vor dem eigentlichen Abschluß des letzten Schuljahres ablegen konnten, um dann mit der Hochschulreife im Tornister sofort ins Feld abzugehen. Wir haben schon betont, daß in Deutschland gegenwärtig der Vorkriegszustand verhängt ist, und so konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Notprüfungen wieder zu Ehren kamen. Nur geht das Dritte Reich noch einen Schritt weiter als das wilhelminische Deutschland während des Krieges. Es erspart den Anwärtern auf den Heidentod die Oberprima gänzlich und läßt sie bereits mit achtzehn Jahren auf die Technischen Hochschulen überstuden — vorausgesetzt, daß sie sich einem kriegswichtigen Studium zuwenden und sich endgültig darauf festlegen. Die deutschen Zeitungen melden:

Der Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rust, hat ausnahmsweise genehmigt, daß Schüler, die Ostern 1936 nach Oberprima versetzt sind, unter bestimmten Voraussetzungen zum Studium als ordentliche Studierende an den Technischen Hochschulen in den Fachrichtungen Luftfahrtwesen oder Schiffsbau oder

Es war rührend zu lesen. Die Teilnehmer der »Madeira«-Fahrt von »Kraft durch Freude«, die ein paar tausend Arbeiter teils für treue braune Dienste, teils für Lohnkürzungen durch eine Schiffsreise entschädigen sollte — versteht sich, aus den Abgaben der Arbeiter selber — sind nach den Berichten der Blätter des Dritten Reichs durch alle Höhen und Tiefen deutscher Erlebniskraft getaumelt. Andächtig lauschten sie unterwegs als Offenbarungen aus dem Aether einigen Führerreden mit dem Bekenntnis zu Ehre, Freiheit und Frieden. Mitgenommene deutsche Dichter hielten zündende Reden. Man sah Teilnehmer, so las man wörtlich, die in heiliger Ergriffenheit vor Hitlerworten zu weinen begannen...

Aber gottlob: Es gab nahezu an jedem Abend gemütliche Programme mit schunkelnden Rundgesängen, Vorträge von Spaßmachern wie diejenigen des Kölner Krätzchen-Poeten Willi Ostermann und anderen humorigen Altoltrii, worüber die »Deutsche Allgemeine Zeitung« in ihrem spaltenlangen Bericht (Nr. 162) folgendes erzählt:

»Eine Zirkustruppe mit Clowns, mit einem pechschwarz angemalten Neger, einem höchst lebendigen Elefanten und anderem exotischen Tier- und Menschevolk,

Schiffsmaschinenbau oder Schiffselektrotechnik sofort, d. h. ohne Besuch der Oberprima und also ohne Reifeprüfung zugelassen werden. Voraussetzung ist, daß das Zeugnis über die Versetzung nach Oberprima in den Lehrgebieten Mathematik und Physik, ferner in Deutsch und Geschichte die Note »gut«, in den anderen der beiden letztgenannten Fächer sowie in Chemie und Geographie mindestens die Note »genügend« enthält. Dabei bleiben Einschränkungen dieser Prädikate außer Betracht. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein »späterer Wechsel des Studiums in eine andere als die angegebene Fachrichtung nicht zulässig ist.

Das spricht eine deutliche Sprache. Und doch gibt es noch Staatsmänner auf der Welt, die gern an die Friedensbereitschaft des Dritten Reiches glauben möchten.

Friedensliebe

»Den alten Infanteristen lacht die Freude aus den Augen — Hei, wie das kracht!«

»Kanoniere springen an die beiden Feldhaubitzen, schwenken sie herum, Befehle erschallen: »Erstes Geschütz — Feuer!« — »Zweites — Feuer!«... Eine Kraftschützengruppe braust heran. Da empfängt sie auch bereits Maschinengewehrfeuer. Wie der Blitz sind sie herab von den Rädern und in Stellung gegangen. Auch ihre Maschinengewehre beginnen zu rattern... Die Platzpatronen krachen, heftig wehrt sich der Gegner. Schwere Waffen müssen den Angriff unterstützen: schwere Maschinengewehre rattern los, nehmen den Feind in ihre Gar-

bot ein improvisiertes, dafür aber um so wirkungsvolleres Programm. Boxer und Ringer traten auf und dann gab es unter Mitwirkung des Publikums Sackhüpfen, Wurstschnappen und andere Konkurrenz mit wertvollen Preisen und mit einer solchen Fülle von Situationskomik, daß das Lachen zu einem förmlichen Jubelgekreisch answoll. Das komischste waren die zwei ganz in weiße Tischtücher gehüllte Männer, die sich mit verbundenen Augen gegenseitig aus zwei großen Schüsseln mit Schokoladenpudding füttern mußten. Natürlich verfehlte die Löffel dauernd ihr Ziel, die weißen Männer wurden zusehends schwärzer und ein Orkan von brüllendem Gelächter begleitete diese einzigartige Vorführung.

Sie erfolgte, und das ist der Witz dabei, nach der Ankunft der Schiffe im Hafen von Funchal auf Madeira, in Gegenwart zahlreicher Besucher, die sich, wie die »Deutsche Allgemeine Zeitung« dazu sagt, auf diese Weise davon überzeugten, wie die Parole befolgt wurde: »Du vertrittst hier Dein deutsches Vaterland, seine Würde und seine Ehre, und auch von Dir hängt es ab, wie das Ausland Dein Vaterland beurteilt.« Man muß zugeben, daß die Portugiesen von Madeira auf

ben. Hinter seine Deckungen allerdings können sie nicht fassen, dazu ist ihre Geschösbahn zu flach. Also die Minenwerfer nach vorne! Jedem alten Infanteristen lacht die Freude aus den Augen, wenn er sieht, was aus den Minenwerfern des Weltkrieges für eine vorzügliche Waffe geworden ist. »Fünfte Ladung Sprengminen!« Hei, wie das kracht!...

Was ist los? Ist der Krieg schon ausgebrochen? Nein, die sächsische Wehrmacht hat sich nur im Zirkus Sarrasani zu Dresden produziert, und die »Dresdener Nachrichten« sind darüber in Begeisterungskrämpfe verfallen. Denn all die Meinungsmacher in den deutschen Redaktionen stehen unter Göbbels' Kommando, sind Geist von Hitlers Geist, und sie alle »wollen den Krieg nicht, sie schwärmen nur für ihn und sie können nur kaum erwarten, daß er ausbricht.

Der Gottgesandte

»Sie wollen meine Gedanken über unseren Führer wissen. Ich schicke voraus, ich bin ein 15½-jähriges Mädchen. Aber ich glaube fest: Adolf Hitler, unser Führer ist uns von Gott gesandt, er lebt und stirbt für uns, und wir alle werden freudig für ihn leben und sterben.«

Also sprach die kleine Eislaufkünstlerin Maxi Gerber und in allen braunen Zeitungen stand das zu lesen. Vielleicht tut ihr Göring den Gefallen und läßt den Backfisch einmal probeweise für den Führer auf dem Schafott sterben. Ob sie dann auch noch den Führer für von Gott gesandt hält?

diese Weise endlich ein zutreffendes Bild von dem ihnen bisher so rätselhaften Deutschland des Dritten Reiches gewonnen haben. Franz Kunzendorf, der Sonderberichterstatter der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, berichtet, daß sogar viele portugiesische Offiziere bis Nachts um drei Uhr sich »von der deutschen Fröhlichkeit hatten in Bann schlagen lassen. Wenn man ihm glauben darf, so haben selbst die armen Opfer der Windstärke 8 »nach Ueberwindung der Krise« aus vollem Herzen mitgesungen und mitgelacht. Das war zweifellos symbolisch. Denn Krisen kennt man im glückhaften Reiche Hitlers und Leys bekanntlich längst nicht mehr.

Aber einer saß unter der heiteren Gesellschaft, der zu dieser braunen Madeira-fahrt bereits einen Kommentar geschrieben hat. Dieser Kommentar liegt uns wörtlich in Originalhandschrift des Autors vor und lautet:

Mensch, hör mich schreien!

Verfluchte, ewige Lüge von Freiheit, Gott, Ehre und Vaterland, so logen sie uns vor ein Weltgefüge von dem war »Gott« das zwingende, sperrende Band.

Gott war uns aller Süße Unterpand — Ihr Gott trug plumper Schlaueit grobe Züge Uns war er Ewigkeit, Kosmos und Schöpferhand Und unserer Sehnsucht kaum erfüllendes Genüge...

Oh, erster Kinderblick zum Sternenhimmel! Oh, erstes Nachtgewitter, Blitzgefunkel! Oh, erstes Jünglingssehnen, namenlos und rein!

Sie logen froh und fein Gott in ihr Weltgewimmel, bis unsere Gläubigkeit durch Not und Dunkel Gott selbst in ihnen sah...

Wer rächt den Gott in uns?!

Mensch, hör mich schreien!

Wer ist der kühne Poet, der mit dieser revolutionären Hymne heilige vaterländische Empfindungen in den Staub zieht? Es ist einer der Eliteteilnehmer der »Madeira-fahrt«, der »Arbeiterdichters« Heinrich Lersch. An jenen Bordabenden, die der Verkündung der deutschen Seele gewidmet waren, las er mit inbrünstig ergriffener Stimme parteiamtlich genehmigte Verse vor. Die obigen freilich verfaßte er im Jahre 1932. Ehe er noch ins Konzentrationslager kam, oder auf der Flucht erschossen werden konnte, hatte ihn bereits eine gute braune Pfründe mit den Segnungen des Hitlerreiches vertraut gemacht. Aber sein »Gott« hat sich an ihm dadurch gerächt, daß er nun selber die »verfluchte, ewige Lüge« bei jeder Gelegenheit zu Lande oder zu Wasser schreilend verkünden muß. **Harald.**

Shylock

Im Dritten Reich herrscht eine große Shakespeare-Pest. Man braucht auf den Brettern einen großen Norden. Tosen ist ein liberaler Meckerer, Strindberg ein zynischer Asphaltliterat, Goethe ein humanistischer Kosmopolit, Schiller ein Despotenfresser. Shakespeare ist zwar 16. Jahrhundert, aber da gab's wenigstens noch keinen Liberalismus. Hier sind wir daheim. Dieser Dichter bedeutet, wie es in der Nazipresse heißt, »die stärkste und reinsten Verkörperung des nordischen Kulturgedankens...« Daß auch er ein literarischer Wegbereiter des englischen Demokratismus ist, braucht diese Presse nicht stören. Hat er nicht den Shylock geschrieben, das Stück von dem habgierigen jüdischen Wucherer? Und so geht drüber jetzt der »Kaufmann von Venedig« in großer antisemitischer Aufmachung über die Bühnen.

»Shakespeare hat diesen Juden in seiner schamlosen Schlechtigkeit so getreulich gezeichnet, daß bei diesem Abbild einer ganzen Rasse die Jüdischaft vor Neid erlassen mußte, ob dieses Vorbildes ihres auserwählten Volkes.«

In diesem Deutsch deliriert die Nazipresse über eine der Aufführungen. Seht her, der große Breite dicht neben Streicher! Eine Fälschung, wie alle braune Literaturgeschichte. Es ist viel darüber gestritten worden, ober der »Kaufmann von Venedig« der Komödie oder der Tragödie näher steht, aber darüber gab es bisher keinen Zweifel, daß Shylock eine große tragische Figur und mit den prinzipiellen Maßstäben der hakenkreuzerischen Agitation nicht zu erfassen ist. Denn der Dichter zeichnet ja auch

Shylocks christliche Gegner nicht gerade freundlich. Sie nehmen des Juden Geld, prassen in den Tag hinein und lassen sich in der Gefahr von Frauen retten. Ist Shakespeare deshalb Christenhasser? Ist er Deutschenfresser, weil Fräulein Portia einen jungen Deutschen in Bausch und Bogen mit allen Zeichen des Widerwillens ablehnt? In einem kräftigen Dialogstück enthüllt der Dichter die ganze Tragödie Shylocks, als der seinen Gegnern erklärt, warum er auf seinem Schein besteht:

»Er hat mich beschimpft, mir ne halbe Million gehindert; meinen Verlust belacht, meinen Gewinn bespottet, mein Volk geschmäht, meine Freunde verleidet, meine Feinde gehetzt. Und was hat er für Grund? Ich bin ein Jude. Hat nicht ein Jude Hände, Gliedmaßen, Werkzeuge, Sinne, Neigungen, Leidenschaften? Mit derselben Speise genährt, mit denselben Waffen verletzt, denselben Krankheiten unterworfen, mit denselben Mitteln geheilt, gewärmt und gekühlt von eben dem Winter und Sommer, als ein Christ? Wenn ihr uns stecht, bluten wir nicht? Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir nicht? Wenn ihr uns vergiftet, sterben wir nicht? Und wenn ihr uns beleidigt, sollen wir uns nicht rächen? Sind wir euch in allen Dingen ähnlich, so wollen wirs euch auch darin gleich tun... Die Bosheit, die ihr mich lehrt, die will ich ausüben...«

Man kann sich denken, wie verstümmelt dieser Dialog in den braunen Aufführungen herauskommt. Denn hier zeigt Shakespeare den habgierigen Geldverleiher als Opfer der Judenhetze. Ja, der große Norde gestaltet sogar ein Stück Rassenschande mit sichtlichem Wohlwollen und allen Segenswünschen. Ein Engländer besingt Shylocks Tochter in hohen Tönen als Perle aller

Perlen, geht mit ihr durch und ehelicht sie. Frech freut sich der rasseverräterische Shakespeare darüber, daß am jüdischen Stamme ein solch ideales Reis wächst. Da sich diese Verirrung nicht ganz aus der Handlung tilgen läßt, schreibt das Königsberger Naziblatt entschuldigend dazu:

»Sicher — vom Standpunkt unserer heutigen Rassegesetzgebung aus betrachtet, ist die im Stück zur Vollendung gelangende Rassenschande angreifbar, doch der Klassiker von damals hatte nicht unsere Erkenntnisse...«

Nein, die hat sich überhaupt kein Klassiker träumen lassen, obwohl die Judenfrage 2000 Jahre alt ist, und keiner hat je ahnen können, daß einmal solch primitives Gewächs in deutschen Regierungsblättern über Weltliteratur versapft werden könnte.

Hitler, der Rassenmischer

Den artverwandten Skandinaviern gefällt es nicht.

Die größte Göteborger Zeitung — »Göteborgs Handels och Sjöfartstidning« — erheitert ihre Leser mit folgendem Feuilleton:

A. ist groß, blond und blauäugig und im allgemeinen ein recht netter Mensch, aber in der letzten Zeit wurde er intolerant. Er spricht schlecht über Hitler.

»Aber was hast du denn eigentlich gegen ihn?« fragte B.

»Ach,« antwortete A. düster, »ich weiß, daß du in dieser Sache meinen Standpunkt nicht verstehst, daß du kein Rassegefühl hast, weder du noch C. Aber es ist doch etwas daran und ich bin stolz darauf, zur nordischen Rasse zu gehören.«

»Na und?«

»Nun ja,« meinte A., »ich habe eigentlich nichts gegen Hitler persönlich, gegen das, was er sagt oder tut oder so. Im großen und ganzen glaube ich sogar, daß er ein tüchtiger Mann ist. Aber ich fühle, es liegt eine unübersteigbare Kluft zwischen uns, ein instinktives Gefühl macht mir ihn unsympathisch. Dagegen kann man nichts tun, und ich glaube, man soll nicht versuchen, einen Instinkt, der auf dem Rassegefühl beruht, zu ersticken. Nimm alles nur in allem — ich gehöre doch, wie jeder auf den ersten Blick sehen kann, der nordischen Rasse an, während Hitler eine Art Mischgewächs ist. Es ist höchste Zeit, daß wir, die wir die reine, starke nordische Rasse vertreten, uns dessen bewußt werden und uns gegen die minderwertigen Typen behaupten.«

»Alles in allem,« setzte A. fort, »ist es nun feststehend, daß die nordische nicht nur die reinsten, sondern auch die vornehmsten aller Rassen ist, und vor einem typischen Mischrassengesicht wie das Hitlers empfinde ich einen so starken Widerwillen, daß nicht einmal die Bewunderung für sein Werk die Gefühle überwinden kann. Nenne es Intoleranz, wenn du willst, aber ich glaube, es ist ein gesundes Gefühl für die Notwendigkeit, die nordische Rasse rein zu halten. Und Hitlers gegenwärtige Machtstellung in Deutschland beunruhigt mich wegen des Schicksals des ganzen Volkes.«

»Wirklich?«

»Ja. Es ist doch vollkommen natürlich und menschlich, daß ein Mann wie Hitler ein bißchen schlampig in Rassefragen ist. Ich frage mich oft, wie denn das mit der nordischen Rasse zu erklären ist.«

Die Rebellion des Osaf

Ein Jahr fünf nach der Berliner „Stennes-Revolution“

Die NSDAP ist stolz darauf, daß sie Feste zu feiern und große Gedenktage würdig zu begehen vermag. Aber die interessantesten und markantesten Gedenktage aus ihrer Geschichte werden meist mit Stillschweigen übergangen. Wer erinnert sich heute noch all der vielen Zänkereien und Streitigkeiten, die den Lebensinhalt der »Deutschen Freiheitsbewegung« ausmachten, bevor sie nach langer Wartezeit zur Millionenpartei heranwuchs! Und doch hat Hitler nur zum alleinigen und einzigen Führer seiner auf dem »Führerprinzip« basierenden Partei werden können, indem die Drexler, Harrer, Ludendorff, Strasser, Stennes und all seine anderen großen und kleinen Konkurrenten im innerparteilichen Cliquenkampf niederrang.

Gerade in diesen Frühjahrstagen jährt sich zum fünften Mal der Tag, an dem er seinen damals gefährlichsten innerparteilichen Gegner erledigt hat. Der Mann, auf den damals große Teile der Partei, namentlich aber der SA, blickten, war der ehemalige Polizeihauptmann Stennes. Dieser »Oberste SA-Führer« (Osaf) Chef der Berliner und der sächsischen ostdeutschen SA-Gruppen, mochte davon träumen, dereinst selber die nationalsozialistische Bewegung zu führen. Seit dem September 1930 hatte die Partei bereits ein gutes Fünftel der Reichstagsitze inne. Aber das halbe Jahr, das seit diesen Reichstagswahlen vergangen war, hatte die Differenzen in der Parteileitung nur noch verstärkt. Die Massen der SA-Leute erwarteten, daß Hitler nun endlich den offenen Straßenkampf proklamieren werde, während der Parteigenosse Thyssen alles tat, um seine Berufskollegen von der Schwerindustrie zu überzeugen, daß Hitler durchaus salonfähig sei, und das der nationale Sozialismus eigentlich gar kein Sozialismus wäre.

Zwischen diesen beiden Extremen schwankte nun in dieser Zeit die offizielle Politik der Partei. Es wäre nützlich, einmal eine Chronik über die damaligen dauernden Schwankungen in der Haltung der NSDAP und namentlich ihres Führers aufzustellen. Proklamationen über die uneingeschränkte parlamentarische Legalität wechselten ab mit blutigen Tiraden über rollende Köpfe und über eine bevorstehende »Nacht der langen Messer«. Heute beteiligte sich die Partei — wenigstens mit Worten — an einem Streik, und morgen versicherte sie ihre restlose Ergebenheit gegenüber dem Unternehmertum.

Im Februar 1931 siegte — vorübergehend — die antiparlamentarische Stimmung in der Partei: Die nationalsozialistische Fraktion verließ den Reichstag, und das Schwergewicht der Parteitätigkeit veroboh sich damit von der Reichstagsfraktion auf die SA: das Antichambrieren bei den projektierten künftigen Koalitionspartnern hörte auf, und der »Kampf um die Straße« begann von neuem.

Zum Kämpfen braucht man Geld, — sogar zum »Kämpfen um die Straße«. Die

SA-Leute, die diesen Kampf zu führen hatten, waren größtenteils deklassierte Mittelständler, völlig heruntergekommen, demoralisierte Erwerbelose, die sich an Hitler verkauft hatten, um der billigen Uniform und der gratis gelieferten Schachtelkaffee wegen. . . . Es war üblich, daß ihnen für anstrengenden SA-Dienst sogenannte Tagesgelder ausgezahlt wurden.

Hitler wollte die Tagesgelder gerne einsparen — und erzeugte damit in den SA-Kreisen nur noch erhöhte Mißstimmung. Diese Tatsache benutzte Stennes zu seinem entscheidenden Schlag gegen die Partei- und SA-Führung. Am 30. März besetzten die unzufriedenen SA-Leute unter seiner Führung zum Gaudium der Berliner Arbeiterschaft das nationalsozialistische Gaubüro in der Hedemannstraße.

Indessen war der Putsch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Stennes selbst war kein politischer Kopf. Otto Strasser, der wohl in der Lage gewesen wäre, den rebellierenden SA-Leuten wenigstens ein scheinbares politisches Ziel zu geben, war bereits aus der Partei hinausgesäubert worden, und der Berliner Gauleiter Joseph Göbbels, auf dessen Unterstützung Stennes gerechnet haben mag, ließ seinen Kampfgenossen im entscheidenden Augenblick im Stich. So wurde der Kampf von vornherein nur um die Frage der Tagesgelder geführt, und er mußte von dem gewonnen werden, der über die Partekasse verfügte.

Trotzdem bietet Hitlers »Sieg« über den rebellischen Stennes keineswegs ein schönes Bild. Er fuhr im Flugzeug von München nach Berlin und beschwor seine Mannen unter Tränen — so heißt es in den Berichten der Augenzeugen —, sie sollten ihm doch ja die Treue halten, er sei auch bereit, alle ihre finanziellen Forderungen zu erfüllen. Die finanziellen Zu-

sagen dürften die rauen Männerherzen mehr gerührt haben als die Tränen, jedenfalls entschlossen sie sich, das Gaubüro zu räumen und Hitler weiter als ihren Führer anzuerkennen. Stennes verschwand mit einigen Getreuen in der Versenkung.

Die Masse der SA-Leute aber, die Stennes die Treue brachen, sollten späterhin ihren Lohn einheimen. Zwar wurden sie in der »Kampfzeit« noch oft um ihre Tagesgelder geprellt, — aber kaum war das Dritte Reich installiert, so wurden sie als »alte Kämpfer« gefeiert, und aus den Söldnern der Kampfzeit wurden in der nationalsozialistischen Legende Vorbilder heldischen Geistes.

Aber auch Hitler und die nationalsozialistische Parteiführung haben aus der Niederwerfung der Stennesrevolte profitiert. Seit dem April 1931 ist Hitler der alleinige »Oberosaf«, der oberste Befehlshaber seiner SA. Ein neuer wichtiger Schritt war getan worden, der zur Ausschaltung der innerparteilichen Oppositionen und zur Stabilisierung des Führerprinzips dienen sollte.

Fredrich, — der Mann, der Hitlers wichtigster Helfer bei diesem Schritt war, sollte späterhin genau wie Stennes den Versuch unternehmen, die unzufriedenen SA gegen ihren Hitler aufzuheizen. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß derselbe Röhm, der den schärfsten Kampf gegen die Disziplinlosigkeit eines Stennes geführt hatte, und der zum Dank dafür zum Stabschef der SA ernannt worden war, in die Fußstapfen seines einstigen Feindes treten sollte. Aber als Röhm das Signal zum Aufstand geben wollte, da hatte es Hitler nicht mehr nötig, die SA-Mannschaft mit neuen Versprechungen zu ködern; die neue Revolte wurde im Blut der »Verräter« erstickt.

Der Treuschwur als Massenartikel

Preisfrage: Wie lange ist man eigentlich auf den Führer verpflichtet?

Bei Gelegenheit einer Feyer der Wirtschaftsschule Berlin hat kürzlich der Berliner Rechtsprofessor Werner Weber über die Schwur- und Eidmanie, die seit Beginn des Dritten Reichs graziert und im Grunde dem beträchtlichen Pessimismus des Führers selbst und seiner Kondottiere hinsichtlich des Bestandes ihres tausendjährigen Reiches entspringen mag, so bedeutsame Angaben gemacht, daß die »Deutsche Juristenzeitung« nichts besseres in ihrer letzten Nummer (5. Jahrg. 36) zu tun weiß, als diesen eigentlich ein wenig hochnotpeinlichen Beitrag zur Fragwürdigkeit des »Aufbruchs der Nation« in sechs oder sieben angebrachten Spalten der staunenden Nachwelt zu erhalten. Ueber den Umfang, den diese neueste Form der politischen Heuchelei ange-

nommen hat, also über das Quantum der abholvierten Treuschwüre für Hitler werden da folgende erschütternde Aufzählungen und Summierungen gemacht:

»Das Recht der Weimarer Verfassung kannte nur (!) den politischen Eid des Reichspräsidenten, der Minister, der Beamten und der Angehörigen der Wehrmacht, im heutigen Reich ist der Eid des Reichspräsidenten weggefallen; im übrigen hat sich der Kreis derjenigen, die den politischen Eid leisten, bedeutsam erweitert. Er umfaßt Reichsminister, Reichsstatthalter und die Mitglieder der Landesregierungen, Soldaten, Beamte, Landespolizei, Arbeitsdienst, die Rechtsanwaltschaft, die römisch-katholischen Bischöfe und die Amsträger des Reichsluftschutzbundes, ferner SS, SA, die politischen Leiter

der NSDAP einschließlich aller Gliederungen, die Führerschaft der Hitlerjugend, sowie die Mitglieder des Reichsbauernrates und die Landesbauernräte. Dabei sind feierliche Gelöbnisse schwächerer Art, wie von den Behördenangestellten, den Vertrauensräten der Betriebe und der technischen Nothilfe noch nicht mitgezählt.«

Nein, das sind sie, weiß es Gott, noch nicht! Jenen Weltrekord des verdrängten allgemeinen politischen Mißtrauenskomplexes hält Hitlerdeutschland wirklich ganz allein! Der Herr Professor Weber bestätigt es uns selbst, wenn er weiter mitteilt, daß in der Tat die heikle Frage, wie lange den eigentlich so ein Eid auf den »Führer« seine Gültigkeit haben kann, in Deutschland zur Zeit stark erörtert wird und geradezu eine sehr umstrittene Doktorfrage für die gelehrte Fachwelt sowohl, wie für die praktisch Beteiligten bildet. Auf jeden Fall verrät uns Herr Weber folgendes:

»Der politische Eid des nationalsozialistischen Reiches will mit einem anderen Maße gemessen sein. Die Verpflichtung auf Führer und Volksgemeinschaft ist eine immerwährende Aufgabe; sie hört nicht auf und wird nicht anders, wenn der Soldat zum Pfleger, der Arbeitsdienstmann in den Hörsaal der Hochschule zurückkehrt. Gerade weil jeder, der den Treueid auf den Führer leistet, sich gleichzeitig auch der deutschen Volksgemeinschaft angeht, steht er immer und überall unter dem Banne des Eides, den er dem Führer geschworen hat. Wer den einmal geleisteten Eid, gleichviel an welcher Stelle der Volksgemeinschaft er stehen mag, bricht, der macht sich friedlos (? Warum nicht: »strafbar«? D. R.). Er hat seine Ehre als Glied der Volksgemeinschaft vertan. Daher kann schwerlich der noch kürzlich vertretene (!) Auffassung zugestimmt werden, daß die Eideleistung der Beamten mit dem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis entfällt, und gar, daß der Eid auch die übrigen nur so lange binde, als Adolf Hitler der Führer des deutschen Reiches und Volkes sei. Gewiß, die Amtspflichten der Beamten, der Minister, der politischen Leiter usw. enden mit dem Amt, nicht aber die beschworene Treupflicht gegenüber dem Führer der Volksgemeinschaft, und gerade beim Tode des Führers muß diese Treupflicht bereit sein, sich in voller Unbedingtheit zu bewähren.«

Welch ein ahnungsvoller Engel scheint doch dieser geschwätzige Rechtsphilosoph des Dritten Reiches zu sein! Halten wir fest, daß er auf jeden Fall bestätigt, daß sich heute schon die Deutschen, von denen jeder zweite auf Hitler »geschworen« hat, den Kopf darüber zerbrechen, wie weit sie wieder von einem so schönen Ding, wie der Eid auf den Führer als Schundartikel mehr und mehr auch für sie sich darstellt, mit Glück und Geschick wieder herunterkommen könnten. Halten wir aber auch fest, daß die Nazis sich an den zwar mehr nichtssagenden und vagen, aber doch eben ein juristisches Objektum darstellenden Begriff der »Volksgemeinschaft« klammern, damit der Schwur auf eine bestimmte Persönlichkeit überhaupt rechtsmoralisch legitimiert wird. Und wie haben sie doch gejubelt, daß man jetzt — bei-

schen Rasse in unserem Lande werden soll. Wer schützt uns vor Eheschließungen mit diesen braunköpfigen, dunkelhaarigen Typen, die überall in Deutschland herumwimmeln? Niemand, so viel ich weiß. Nein, die nordische Rasse schwebt in Gefahr, das ist sicher. Ueber kurz oder lang werden wir von dem Mischrassevolk, das Deutschland in überwiegendem Maße bewohnt, aufgesogen werden. Man kann leider jetzt schon den Tag kommen sehen, an dem es keinen einzigen schlanken, blonden, blauäugigen Skandinavier mehr geben wird, sondern nur solche Hitlers und Göbbels und Görings und Hesse und wie diese Typen alle heißen, die nicht einen einzigen Tropfen Wikingerblut in ihren Adern haben.

»Na, na,« sagte C.

»Verzeih,« antwortete A. ein wenig steif, »aber ich regte mich leicht auf, wenn ich daran denke, wie schlecht man in Deutschland die nordische Rasse pflegt.«

Das Reich der Zurückgewiesenen

Und ob Göbbels die Faust noch so fest an der Gurgel der deutschen Presse hat, die Bitter plaudern manchmal aus, ohne zu wollen; wer einigermaßen zwischen den Zeilen zu lesen versteht, vermag sich, lediglich aus den Hakenkreuz-Zeitungen, ein ziemlich wahrheitsgetreues Bild des »Dritten Reiches« zu machen. Da hat der »Frankfurter Generalanzeiger« zur »Volksabstimmung« vom 29. März an ein Dutzend Zeitgenossen die Frage gerichtet: »Was gab dir der Führer?« und mit den Antworten eine halbe Seite gefüllt; leider hat der Chef des Blattes der Renegat Dom-

browski, einst Mitarbeiter der »Weltbühne« und längst stramm gleichgeschaltet, nicht mitgeantwortet. Dafür lernen wir einen gewissen Wilhelm Müller-Scheid kennen, der uns als »Arbeiter der Stirne« vorgestellt wird. Vor dem März 1933 wußte fredrich von den »Arbeiten seiner Stirne« keine Katze, im »Dritten Reich« gilt er als prominenter Dichter. Und also berichtet nach seinen eigenen Angaben der »Generalanzeiger« von ihm:

Wie viele andere kam auch er als äußerlich und innerlich veränderter Mensch aus dem Krieg zurück und versuchte, sich mit seiner Zeit geistig auseinanderzusetzen. Er wurde Journalist und Schriftsteller. Acht Jahre lang hat er die angestrengtesten Bemühungen unternommen, im Rahmen des kulturellen Lebens mitzuwirken. Aber überall wurde er zurückgewiesen. Keine Bühne entschloß sich, seine Dramen aufzuführen. Erst nach der Machtergreifung kam der Dramatiker Müller-Scheid zu Wort, da erst konnte er seine Erfahrungen und seine Kenntnis von der Seele des Volkes aufzeigen. Und nun erwiesene sie sich. Der Autor wurde verstanden, weil nun Theater, Volk, Dichter und Werk die gleiche weltanschauliche Haltung hatten.

Das ist fürwahr einer der aufschlußreichsten Beiträge zur Psychologie des »Dritten Reiches«. Denn warum wurden der Müller-Scheid und die Müller-Scheide früher zurückgewiesen? Weil sie, wie sie sich kitschig ausdrücken, »aus der Totalität einer Weltanschauung« schrieben? Kein Gedanke! Sondern weil sie blutige Dilettanten, traurige Stümper, klägliche Nichtskönner waren, und man, um positiv gewürdigt zu werden, unter dem »verfluchten liberalistischen System« etwas leisten mußte. Das »Erwachen Deutschlands« aber brachte die Aufhebung

der geistig Minderwertigen gegen die Talente. Hitler ein zurückgewiesener Maler, Göbbels ein zurückgewiesener Romanschreiber, Kube ein zurückgewiesener Dramatiker, Feder ein zurückgewiesener Nationalökonom — sie wurden von den Müller-Scheide aller Berufszweige, von den irgendwie Zukurzgekommenen hochgetragen und sind jetzt oben, geist durch die gleiche weltanschauliche Haltung. Gott grüß' die Kunst! P. P.

Die Kulturtat

Mit einem langen Bandwurm donnert das Dortmunder Naziblatt gegen die »Lügenmärchen der Emigrantenspreche«, die die geistigen Leistungen Hitlerdeutschlands leugne. Drei Spalten lang wird »bewiesen«, was unter Naziführung an gewaltigen Geistesstaten vollbracht wurde. Man liest sich durch den Brei der Kulturphrasen und findet schließlich nur eine Stelle mit positiven Angaben (Sperrung wie im Original):

»Die Onckens und Spenglers wurden durch Männer vom Range des Historikers Frank, des Kulturhistorikers und Pädagogen Kriek, des Rassenforschers Günther ersetzt. An Stelle der psychoanalytischen Untersuchungen des Verbrechertums und unfruchtbarer, sexualwissenschaftlicher Wühlerei im Schmutz und Untermenschentum sind Gesetze, zur Gesundheit der Rasse und des Blutes entstanden, haben Gesetze die Reinheit des Erbes gewährleistet, hat der nationalsozialistische Staat im Aufbau seiner rassen- und erbologischen Maßnahmen eine Kulturtat gesetzt, die vor der Gemeinschaft der Nation und für sie, ja als Beispiel für die ganze Welt eine Bedeutung hat, die die geistige und kulturelle Verelendung eines ganzen Volkes

und eines ganzen Jahrhunderts beendet.

Die deutsche Wissenschaft ausgerottet? Nie seit Jahrzehnten hat auf einem so engen, zeitlichen Raum wie in den letzten drei Jahren die deutsche Wissenschaft so Ungeheures und für die ganze Welt Bedeutendes geleistet. . . .

Dies ist das einzig Positive von drei Spalten! Diese Dilettanten-Namen stehen an erster Stelle! Diese dümmsten aller braunen Maßnahmen erscheinen ihnen als Clou ihrer Stümperlei! Mehr braucht das Ausland nicht zu wissen, um zu lachen oder fassungslos den Kopf zu schütteln.

Zusammenhänge

In der »Frankfurter Zeitung« erschien die folgende Todesanzeige:

»Ein hartes, unerbittliches Geschick entriß mir heute meine treue, über alles geliebte Lebensgefährtin.

Frau Martha Müller, geb. von Mallinokrodt.

Ihr ganzes Leben atmete Liebe und Sorge für andere. Mit glühendem deutschen Herzen nahm sie teil an dem Ringen unseres Vaterlandes. Mit jeder Faser ihres Herzens ersuchte sie den Tag, an dem Deutschland wieder zur kolonialen Weltgeltung kommen würde.

Eine Frau von seltenem Ausmaße ist dahingegangen. Wer sie gekannt, weiß, was ich verloren habe.

Mit mir trauern Mutter, Schwiegermutter und Geschwister.

Dr. Paul Müller.

Dr. Paul Müller ist Generaldirektor der Deutschen Dynamit Nobel AG, führendes Vorstandsmitglied im deutschen Sprengstoffkonzern, früher Vorstandsmitglied im Reichsverband der deutschen Industrie.

spielweise beim Soldateneid — nicht mehr auf einen »Fezzen Papiere« (etwa die Verfassung), sondern auf ein menschliches und männliches Wesen von Fleisch und Blut endlich nach altgermanischer Sitte wieder schwören dürfe. Nunmehr möchten sie den Führer hinter der Begriffskulisse sozusagen mit durchschleppen, um die ganze Manie nicht der Lächerlichkeit preiszugeben. In diesem Komposthaufen von Angst und Mißtrauen, juristischer Hysterie und politischer Phantastik kenne sich noch einer aus! H. E.

Splitter

Nach Mittellungen des Statistischen Reichsamtes betrug der Fleischanfall im Februar 4.90 kg je Kopf der Gesamtbevölkerung. Gegenüber dem Vormonat ergab sich ein Rückgang um 8.9 Prozent. Im Vergleich mit dem Februar 1935 ist die Fleischmenge um 2.2 Prozent niedriger.

Der Sektverbrauch ist in Deutschland in den letzten drei Jahren gewaltig gestiegen. Im Jahre 1932 wurden im Inland 4,810.000 Flaschen Schaumwein konsumiert. Im Jahre 1935 waren es 13 Millionen Flaschen. Da die Löhne der Arbeiterschaft nicht gestiegen sind, ist die Antwort auf die Frage, wer wohl die 13 Millionen Flaschen Sekt getrunken haben mag, nicht schwer.

In Bad Sulzhayn ist eine freiwillige Frauenfeuerwehr gegründet worden. Vierzehn Frauen und fünf Mädchen sind dieser Feuerwehr sofort beigetreten.

Die Erdrosselung der großen deutschen Konsumvereine kann nicht so rasch durchgeführt werden, wie sich das die Regierung bei dem Erlaß des Gesetzes über Verbrauchergewerkschaften im Oktober 1935 gedacht hat. Um die vorgesehenen Konsumgewerkschaften doch noch zur Strecke zu bringen, ist die für die Liquidation, bzw. das Konkurs- oder Vergleichsverfahren vorgesehene Frist zum zweiten Male verlängert worden.

Da die Handwerker bei der Ueberführung des Vermögens ihrer Orts- und Bezirksverbände nach Berlin (Reichsinnungsverbände) Widerstand leisten, hat der Reichshandwerksmeister angeordnet, nach Möglichkeit von dieser Ueberführung künftig Abstand zu nehmen. Die Handwerker finden demnach eher Berücksichtigung: das Vermögen der Arbeitergewerkschaften wurde vollständig geplündert.

„Natürlich...“

Der deutsche statistische Prophet im eigenen Vaterland.

In der von Professor Dr. Wagemann herausgegebenen »Vierteljahresschriften zur Konjunkturforschung« (10. Jahrgang, Heft 4) findet sich z. B. eine Sachgebietstabelle 18, die die sich auf 28 europäische und andere Länder erstreckt. Darin ist für Ende Juni 1935 die Gesamtzahl der im Deutschen Reich unterstützten Arbeitslosen mit rund 1,388.000 angegeben; das sind nach einer Fußnote »Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung und Wohlfahrtserwerbslose (ohne Fürsorge- und gemeindliche Notstandarbeiter)«. Das vergleichende Ausland kann aber aus anderen amtlichen Veröffentlichungen feststellen, daß es 283.000 Personen, nämlich die nicht anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen, mehr gewesen sind. Das gibt natürlich Wasser auf die Mühlen der üblen Elemente, die sich ein Gewerbe daraus machen, die Zuverlässigkeit unserer deutschen Statistik anzuzweifeln (Stoßseufzer eines Gleichgeschalteten in der Berliner »Sozialen Praxis«, Heft 13 dieses Jahrg.)

Ob es wohl ein solches »Gewerbe«, und noch dazu eins von »üblen Elementen« gäbe, wenn es nicht so sehr erträgnisreich wäre? Nein, nein, wir können der aus guten Gründen ein wenig begriffsstutzig tuenden »Sozialen Praxis«, wie sehr sie uns auch für üble Elemente hält, in allen Ehren versichern: wir lebten mit unserem »Gewerbe« halb so gut, wenn es nicht jene deutsche amtliche Statistik gäbe, über deren triumphale Zahlen selbst die Hühner in jenem Ausland, das so böswillig »vergleichte«, zu lachen sich längst angewöhnt haben. »Natürlich...«

Frauenpolizei nicht zeitgemäß

In Dresden gab es bisher eine ausgezeichnet arbeitende und gut ausgebildete Frauenpolizei, die sich immerhin als nützlich erwies. Im Zuge der Umorganisation der Schutzpolizei ist nun die Dresdner Frauenpolizei zum 1. April aufgelöst worden.

Wozu brauchen im Dritten Reiche die Frauen von weiblichen Wohlfahrtspolizeibeamtinnen betreut zu werden? Die SS besorgt das ganze Geschäft viel besser und — männlicher!

Arbeitswissenschaft im Dritten Reich

Seminar der Arbeitsfront

Es ist jetzt ein Jahr vergangen, seit der Oberbonze der Arbeitsfront Robert Ley zur sogenannten Maifeier 1935 die Parole der »wissenschaftlichen Erforschung des gerechten Lohnes« ausgegeben hatte. Inzwischen ist es um den gerechten Lohn wieder still geworden. Die Löhne sind ohne soziale Erforschung nach dem unerforschlichen Willen des Führer weiter und katastrophal gesenkt worden. Für die diesmalige Maifeier ist ein lustigeres Motto ausgewählt worden: »Freut Euch des Lebens«. Kaum sind die Wahlfreudenstürme verbraust und schon wird eine neue Freude kommandiert. Aber so ein bißchen Gelehrsamkeit soll auch zum 1. Mai 1936 verzapft werden. Ley läßt jetzt in seiner Deutschen Arbeits-Korrespondenz die Methoden der Arbeitswissenschaft des Dritten Reiches bekanntgeben.

Nun wäre es keineswegs überflüssig bei dem in der deutschen Rüstungsindustrie herrschenden Hetztempo und der durch höchste Rationalisierung geschaffenen Arbeits-Monotonie die derzeitigen Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten wirklich einmal wissenschaftlich zu durchleuchten. Die Sozialwissenschaft könnte sich ein Verdienst erwerben, wollte sie die körperlichen und geistigen Leistungsbedingungen der arbeitenden Menschen messen, um der Ausbeutung Schranken zu setzen. Aber die neue Arbeitswissenschaft, die angeblich eine »Bestgestaltung der Arbeit« bezweckt, hat mit Arbeiterschutz nichts zu tun. Wie in allem, so ist auch in der Orientierung der Arbeitswissenschaft »ein Wandel eingetreten«. Es geht nicht mehr um den Menschen.

»Im Dienste der nationalsozialistischen Erneuerung von Volk und Wirtschaft kann die neuzeitliche Arbeitswissenschaft sich nicht darauf beschränken, nur die Rückwirkungen der technisch-maschinellen Arbeitsbedingungen auf den Menschen zu ermitteln, sondern muß das Gesamtproblem der Arbeitsleistung mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen umfassen.«

Wenn es im neuen Deutschland um den Unternehmerprofit geht, ist bekanntlich immer von der Gesamtheit des Volkes die Rede. Es wird als Aufgabe der Arbeitswissenschaft angesehen die Vorbedingungen für die Erfüllung des »ethischen Arbeitszweckes« zu schaffen. Nicht die Tragfähigkeit menschlicher Arbeitskraft soll erforscht werden, sondern die Frage des »richtigen Arbeitseinsatzes«. Was Arbeitswissenschaft ist, beantwortet folgende Formulierung:

»Die Förderung des rassistischen Wiederaufbaues des deutschen Volkes führt zu-

nächst zu wichtigen Konsequenzen hinsichtlich der erb- und rassebedingten Arbeits-eignung, die in Zukunft bei der Prüfung der Arbeits-eignung besondere Beachtung finden muß.«

Es soll der neuen nationalsozialistischen Zielsetzung völkischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues bei der Gestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen Rechnung getragen werden. Man merkt ordentliche die führende Hand des Ing. Arnold, der Erfinder und früherer Leiter der gelben Arbeitswissenschaft gewesen und heute in Dortmund die Direktiven für die Bildungsarbeit der Arbeitsfront auszugeben berufen ist.

In derselben Richtung bewegt sich die Arbeit des sog. Seminars der Deutschen Arbeitsfront, das an der Deutschen Hochschule für Politik eingerichtet worden ist. Der Gau-Schulungswalter Kreitmeyer erklärt über die Erwägungen, die zur Errichtung des Seminars geführt haben:

»Es muß das Ziel aller nationalsozialistischen Schulungsarbeit sein, eine Führerschicht heranzubilden. Diese muß weltanschaulich, politisch und wissenschaftlich den an sie heranretenden Aufgaben gewachsen sein.«

Also noch eine Parteischule mehr, diesmal unter dem Titel Arbeitswissenschaft. Wer kann an den Übungen des Seminars teilnehmen?

»Teilnehmer kann nur werden, wer der DAF angehört und wer mit Erfolg einen Gau-Schulungskurs, bzw. eine Landesführerschule besuchte.«

Ueber den Lehrplan wird mitgeteilt, daß neben der Behandlung von weltanschaulichen, rassistischen und bevölkerungspolitischen Fragen auch eine Reihe von Sondervorträgen über Ostpolitik, Wehrmacht, Weltpolitik usw. gehalten werden. Wer wagt es noch zu zweifeln, daß die Deutsche Arbeitsfront »Arbeiterbildung« und »Arbeitswissenschaft« im wahren Sinne des Wortes betreibt? Herr Kreitmeyer stellt sich dann die Frage:

Sichert der Besuch des Seminars der DAF dem Teilnehmer irgend eine berufliche Berechtigung?

Antwort: »Nein! Unser Ziel ist ja nicht, die in das Seminar aufgenommenen Männer ihrem Beruf zu entfremden, sondern sie so weit politisch vorzubilden, daß sie als Prediger des Nationalsozialismus in den Betrieben wirken können.«

Die Teilnehmer werden über ihre berufliche Aussichtslosigkeit hinweggetrötet mit den Worten:

»Indem aber das Seminar der DAF der Deutschen Hochschule für Politik abgeschlossen ist, eröffnen sich dem Teilnehmer dennoch große Möglichkeiten.«

Die Seminaristen werden, soweit sie »alto Kämpfer« sind, schon versorgt werden. Aus dem Seminar soll dann nach weiterem Besuch einer Landesführerschule die »eiserner Schuttlingsgarde« gebildet werden. Sie wird laufend weiter in Politik und Weltanschauung geschult werden.

Wer bisher an den Erfolgen der Deutschen Arbeitsfront noch gezweifelt hat, wird zugeben müssen, daß der große Ley-Kasten auch seine Vorzüge hat. Die verkündete »Arbeitswissenschaft« und das neue »Arbeitsseminar« bieten eine Gewähr dafür, daß die Arbeiter mit ihren Ausbeutern durch Rasse und Blut verbunden im Denken und Fühlen artgleich gemacht werden.

»In der vergangenen Zeit« schreibt die DAK, »konzentrierte sich die Zielsetzung der Arbeitswissenschaft auf die mögliche Steigerung des materiellen Wertes der Arbeit.«

So hat Adolf Hitler die »Bestgestaltung der Arbeit« erreicht. Deutsche Arbeiter, freut Euch des Lebens!

Kameradschaft

Die »Proußische Zeitung«, bekanntlich ein offizielles Parteiorgan, veranstaltete für ihre Belegschaft einen »Kameradschaftsabend«. Am nächsten Tage stellte einer, der dabei war, in derselben Zeitung seufzend fest:

»Es ist nun einmal so: auch ein Kameradschaftsabend ändert nichts am Ablauf des folgenden Tages... Wir haben uns heute mit besonderer Herzlichkeit begrüßt. Die »Herzlichkeit« war allerdings nach Alter, Würde und anderen hier nicht näher zu erläuternden Eigenschaften verschieden.«

Er braucht gar nichts zu erläutern. Die Leistung war jedenfalls nicht der Gradmesser, nach dem die Herzlichkeit abgestuft wurde.

Auslese

Vor kurzem ermordete in Deutschland ein junger Mensch seine Mutter, weil sie in zweiter Ehe einen Juden geheiratet hatte. Jetzt wurde in Herten bei Rocklinghausen die 19jährige Maria Katzmarek festgenommen, die ihren 21jährigen Bruder zu töten versuchte, weil er — taubstummt ist und, wie die Zeitungsmeldung ausdrücklich betont, »von der ganzen Familie als Last empfunden wird.« Das Mädchen mischte Mäuseweizen in eine für den Bruder bestimmte Speise. Das Opfer wurde nach dem Genuß der vergifteten Nahrung mit schweren Krankheitsercheinungen ins Krankenhaus geschafft werden. Die Auslese der Starken macht Fortschritte.

Ausnahme einer Meinung!

In Hamburg sagte Hitler: »Es ist schade, daß die Staatsmänner, aber auch die Völker der anderen Welt nicht einen Blick in das heutige Deutschland werfen können.« Manchmal sagt er doch etwas Vernünftiges.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. M. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. P. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 196.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.095. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Der Raub der Arbeiterbank — ein Raub von Arbeitergeldern

Die in Arbeiterbank umgetaufte Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. ist den Gewerkschaften zugleich mit ihrer Zerschlagung von Ley geraubt worden. Der Zweck dieses Raubes wird aus dem Geschäftsbericht für 1935 deutlich. Zwar hat sich der Umsatz von 5½ auf 8 Milliarden erhöht, aber nicht dank der Tüchtigkeit der von Ley eingesetzten neuen Leitung, sondern dank der Aufsaugung von Sparinstituten dreier anderer ehemaliger Gewerkschaftsorganisationen, der Deutschen Angestelltenkassenverbandes (früher Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband), der Deutschen Wirtschaftsbank und der Werkmeister-Sparbank.

Die Bank hat auf diese Weise einen Einlagenzuwachs von 30 Millionen bekommen, die Gesamtsumme der Einlagen ist aber trotzdem nicht größer, sondern sogar noch etwas kleiner geworden. Sie betrug Ende 1934 287, dagegen 1935 285 Millionen. Das ist wahrscheinlich auf den Rückgang der Spareinlagen zurückzuführen, aber aus dem Geschäftsbericht nicht ersichtlich. Trotz Zunahme des Umsatzes um fast 50 Prozent sind auch die Bruttoeinnahmen nicht nur kleiner als im Vorjahre, sondern auch nicht viel höher als 1930, also zur Zeit, als die Bank noch eine »marktdienstliche versuchte Leitung« hatte. Die Einlagen betragen 1930 168, 1935 285 Millionen, der Umsatz 1930 3.3, 1935 7.9 Milliarden, die Bruttoeinnahme 1930 5.3, 1935 5.7 Milliarden. Bei einem um mehr als doppelt erhöhten Umsatz sind also die Einnahmen fast unverändert hoch geblieben.

Die Ursache des Sinkens der Rentabilität ist leicht einzusehen. Die Einlagen wurden in der marxistischen Epoche überwiegend Kommunen und Arbeiterorganisationen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, kamen also mittelbar den Ein-

legern zugute. Im Jahre 1930 wurden mit den von der Arbeiterbank zur Verfügung gestellten Mitteln 10.522 Wohnungen errichtet. Damals war der überwiegende Teil der Einlagen in Entleihungen an die Kundschaft (Debitoren) angelegt, wovon 95 Prozent auf Kommunen, Sozialversicherungsanstalten, sonstige öffentliche Stellen, Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft entfielen. Jetzt ist der größte Teil der Einlagen, und zwar von 285 Millionen, 160, also fast zwei Drittel, in faulen Reichswechseln, Arbeitsbeschaffungswechsels und Schatzanweisungen angelegt. Damals wurden die von den Gewerkschaften eingebrachten Gelder in Nutzwerte umgesetzt, jetzt werden sie in Aufrüstung verpulvert. 1932 waren 3.8 Millionen in Wechseln angelegt, jetzt sind es 43 Millionen, 1932 7 Millionen in Wertpapieren, 1935 118 Millionen. Allein im letzten Jahre ist die Anlage in Wechseln um 28 Millionen und der Bestand von Wertpapieren um 20 Millionen erhöht worden. Um das zu erreichen, sind von den Bankguthaben 47 Millionen gleich zwei Drittel abgehoben und den Kreditnehmern 20 Millionen entzogen worden. Bei einem um 50 Prozent höheren Einlagenbestand sind die Ausleihungen an die Kreditnehmer um 25 Prozent niedriger als 1930. Sie betragen damals 100 und betragen jetzt 74 Millionen. Das Sinken der Rentabilität rührt daher, daß damals die Einlagen in Nutzwerten angelegt waren, jetzt dagegen in faulen Wechseln. Die neue Geschäftsleitung braucht sich also nicht sehr anzustrengen, ihre ganze Tätigkeit besteht in der Beschlagnahme von Arbeitergeldern für die Aufrüstung. Dafür bringt sie aber mit 470.000 Mark gegenüber 950.000 nur die Hälfte der Steuerleistung von 1930 auf, verbraucht allerdings mit 4 gegen 2.2 Millionen fast das Doppelte der Unkosten!